

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Monat 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungspreislifte für 1902 unter Nr. 7578. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgelbaltene Kolonietze über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Verammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (mit dem ersten Wort 10 Pfg.). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fejte kneifen!

Harmlose Leute sind wohl der Meinung, daß die Polizei um des Publikums willen da ist. Sie hat über die persönliche Sicherheit des Einzelnen zu wachen, Forderer und Eindringler abzufangen, die Regelung des Verkehrs zu organisieren, für die Ausführung gesunder Vorschriften zu sorgen, und dergleichen nützliche Dinge mehr.

Solche naive Ansicht ist aber in einem Polizeistaat ein außerordentlich großer Irrtum, eine Verkennung der Grundthatsachen unseres Staatswesens. In Wirklichkeit ist das Publikum um der Polizei willen da, wie das Volk lediglich für den Herrscher zu existieren berechtigt ist. Der Gendarm ist mehr wie ein Stellvertreter Gottes; denn er hat den amtlichen Auftrag, selbst die göttliche Weltordnung zu revidieren und in Aktion zu erhalten. Die Polizei ist das mächtigste Werkzeug herrschender Klassen und Ständen. Die politische Polizei insbesondere ist die dunkle Inquisition des Staates. In ihren Geheimkammern wird über alle Menschen und Dinge Aufschluß geführt, in ihren Akten werden die öffentlichen Persönlichkeiten auf Schritt und Tritt, Tag und Nacht beobachtet. Sie befehlet ein Heer von Spiegeln, Geheimagenten, Vertrauensleuten bloß zu dem Zwecke, um jene umfassenden Personalkennntnis zu gewinnen, die an sich eine ungeheure Macht und eine gefährliche Waffe bedeutet. So wird die politische Polizei zur Polizei der Polizei, zur wahrhaftigen Überregierung, von deren geheimem Willen Fürsten, Minister, Politiker abhängig sind.

Kein Wunder, daß da jeder Beamte der Polizei ein Maß von Größenbewußtsein sich anzueignen versteht, zu dessen Veranschaulichung sich das geduldige Volk des Polizeistaates hergeben muß. Jeder Polizist fühlt sich als Leiter des Geschehens, in seinem Notizbuch ist das Schicksal der ihm Ausgelieferten verzeichnet. Der Schuttmann wird zum Selbstzweck, sein Ehrgeiz besteht darin, möglichst viele Anzeigen zu erstatten, was nicht nur an sich ein verdienstvolles Thun ist und die Strebsamkeit nämlich zur Schau bringt, sondern auch sehr zweckmäßig zur Belohnung der guten und zur Drangsalierung der schlechten Exemplare unter den Staatsbürgern nutzbar gemacht werden kann. Auf Anzeigen sind gleichsam Schutzprämien gesetzt, je mehr Menschenwild zur Strafe gebracht wird, um so herrlicher erstrahlt der Glanz und die Macht der Polizei!

In Halberstadt wurde dieser Tage ein Prozeß verhandelt, der den preussischen Polizeigeist sehr kräftig zur Schau brachte. Angeklagt war natürlich nicht etwa ein Polizist, der sich Übergriffe erlaubt hatte, sondern, wie sich's gehört, ein Redakteur, der die Frechheit besaß, sich über solche Übergriffe zu beklagen.

Vor Gericht stand der Redakteur des freisinnigen „General-Anzeiger für Ostpreußen“, ein Mann, der oppositioneller Stadtverordneter in Ostpreußen ist. Er soll die Polizei dieser guten Stadt, insbesondere den Polizeikommissar Hänisch beleidigt haben.

Zelchen wir nach den Zeugenaussagen, deren Richtigkeit durch die Freisprechung des Angeklagten bekräftigt wurde, die polizeilichen Zustände von Ostpreußen.

Der Polizeikommissar Hänisch hat zwar gelegentlich einen Hang für Alkohol und als verheirateter Mann eine Neigung zur Anknüpfung jarter Beziehungen zu Prostituierten, aber er ist um so eifriger im Dienst — das Ideal preussischer Schamlosigkeit geradezu.

Allerdings hat er in seinem obersten Chef, dem Bürgermeister von Ostpreußen, Beder, einen wohlwollenden Vorgesetzten. Herr Beder hat eine stille Freude daran, wenn die Bürger seiner Stadt zur Anzeige gebracht werden. Als gerechter Mann aber bevorzugt er die gegen die oppositionellen Sünden gerichteten Anzeigen; warum sollte er auch die guten Kinder bestrafen! Wenn nicht genug angezeigt wird, ist er unzufrieden, er „näht“ dann mit dem Polizeikommissar wegen des mangelnden Denunziationseifers, wegen der Faulheitszerei im Anzeigen.

Man denke aber ja nicht, daß der Herr Bürgermeister eine bodenlose Freude an Beschwerden über den staatsbürgerlichen Lebenswandel seiner Gemeindeglieder gehabt habe. Ganz im Gegenteil! Wenn sich beispielsweise der oben erwähnte Redakteur über den Polizeikommissar beschwerte, dann verteidigte er in edler Menschenfreundlichkeit seinen Beamten und wies die nichtswürdigen Beschwerden ab. Als jener ruhlose Redakteur, nachdem er mit seinen Beschwerden auch bei der Staatsanwaltschaft abgefallen war, sich beim Regierungspräsidenten beschwerte, sagte dieser wohlgekommen zu ihm: „Ja, Städter, was soll ich machen? Von der Polizei in Ostpreußen bekomme ich jedes die Antwort, Ihre Beschwerden seien unbegründet. Die Beamten hätten sich nichts zu Schulden kommen lassen.“ — Ja, was soll wohl so ein armer Regierungspräsident gegen einen Polizeikommissar machen.

Die Polizei vergeltet jedoch Böses mit Gutem. Sie war so wenig erzürnt über die gegen sie gerichtete Beschwerde beim Staatsanwalt, daß sie vielmehr fortan besondere Sorge für die Sicherheit des Redakteurs trug, und um ihn vor der Abführung weiterer unangenehmer Beschwerden zu bewahren, seine Wohnung mit peinlicher Gewissenhaftigkeit überwachte.

Der Eifer des Bürgermeisters dieses begreiflicherweise in das Dienstsecre des Kommissars; sein Pflichtgefühl nahm einen unschätzbaren Umfang an. Und er beauftragte fernererseits wieder seine Untergebenen,

zu diesem Bestreben um die höchste Pflückereifüllung kam es vor, daß ein Polizeibeamter, Reiß, einmal auf das Publikum schloß. Das Gericht verurteilte zwar seine Bemühungen und verurteilte ihn wegen Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe. Der Bürgermeister aber würde, was er an dem Reiß für einen Schach hatte, und stellte ihm ein sehr günstiges Zeugnis aus. Allerdings hatte sich Reiß auch dadurch verdient gemacht, daß er gelegentlich auf Anregung des

Polizeikommissars aus dem Schrank des Polizeifergeanten Försterling unbedeunte Papiere entnahm.

Der Polizeikommissar Hänisch gab seine Dienstbefehle an die ihm untergeordneten Beamten in einer so frischen und ertüchtlichen Weise, daß er sofort zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt werden könnte. Der Wortlaut seiner Anweisung wurde von den Zeugen verschiedenes getönt, es blieb aber immer der gleiche Sinn. Nach der einen Angabe hätte der Polizeikommissar den Beamten aufgefordert, die oppositionellen Stadtverordneten zu skandalisieren: „Die müssen Sie feste kneifen“, ähnelte er lautstark. Er kam aber auch die Forderung in folgender Form ausgegeben haben:

„Zone Großsnauzen! Die müßt Ihr Euch mehr ziehen. Die müßt Ihr mehr kneifen! Ihr müßt sie mehr anzeigen und so zusammenhalten, daß sie den Hut ziehen, wenn sie einen Polizisten nur von weitem sehen!“

Einen südlichen Feldhüter ernunterte der Polizeikommissar, der sich in einem Liebesbrief an eine Kellnerin als „Dein süßer Molch“ unterschrieb, wie folgt zu erhöhten Kraftleistungen und gesteigerten Einnahmen: „Schulze, Sie müssen mehr Anzeigen machen, dann kommen Sie öfter nach Halberstadt; dann verdienen Sie immer Geld!“ — Dieser gute Rat war das Honorar für Privatarbeiten, die Schulze dem Kommissar geleistet.

Die Anzeigen blühten denn auch. Der Sergeant zeigte einmal einen Mann an, weil er die Straße vor seinem Haus nicht gereinigt hatte. Bei der Gelegenheit erklärte Reiß, er wolle mir gleich eine zweite Anzeige gegen denselben Mann erstatten, denn am Nachmittag würde derselbe Mann bestimmt wieder nicht reinigen. Reiß wollte also am Vormittag eine Liebertretung denunzieren, die erst am Nachmittag, nach seiner polizeilichen Prophetie, passieren sollte. Einmal wurde auch auf Befehl des Kommissars ein Mann angezeigt, weil in einem Kinnstein vor einem Hause ein Stück Papier gelegen habe, da hieß es, es sei „nicht genügend gefegt“.

Auf dem Gebiete der Socialpolitik geht der Polizeikommissar nicht minder energisch vor. Hänisch ordnete an, daß Leute, die wegen Trunkenheit, Wettelei, Vagabundage sich vergangen hatten, in Polizeigeheißsam bis zu 24 Stunden ohne Wasser und Brot gelassen werden sollten. Hänisch berief sich dafür auf den Bürgermeister: Für solche Schwelme haben die Stadt kein Geld.

Ein polnischer Arbeiter sollte auf eigenartige Weise aus der Stadt entfernt werden. Hänisch forderte einen Beamten auf, den Mann zu verhaften, damit er Ostpreußen verlasse.

Alle diese kleinen reizvollen Nagen preussischer Polizeiwirtschaft sind um gar nicht merkwürdig. Merkwürdig ist nur, daß in diesem Masse der Veschwerde führende Redakteur freigesprochen wurde, anstatt daß man wie sonst die Autorität der Polizei gegen die frechen Angriffe des Zeitungsschreibers schützte. Diese seltene Umkehrung der üblichen Praxis könnte den Anschein erwecken, als ob in Ostpreußen der Polizeigeist besonders schlimm gewaltet habe. Nein, Ostpreußen kann nicht einmal beanspruchen, die Hauptstadt des Polizeistaats zu sein, und Herr Hänisch ist durchaus keine hervorragende bössartige Ausnahme-Erscheinung. Ostpreußen ist überall im preussischen Vaterlande, und an jeder Polizeistube steht in unrichtbarer Schrift die Tafel: „Die Großsnauzen feste kneifen!“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober.

Ein Effekt der Mannheimer Centrumsparade.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Die am Dienstag stattgehabten Stadtverordneten-Wahlen in der dritten (untersten) Steuerklasse, über deren Ergebnis wir bereits telegraphisch kurz berichtet, ist von bürgerlicher Seite zu einer Krastprobe gegen die Socialdemokratie gestempelt worden, die seit nunmehr 24 Jahren sich im sicheren Besitz der sämtlichen 32 Mandate der Klasse befindet. Obwohl gegenwärtig im Lande Waden die Nationalliberalen und das Centrum mit einander in einer Fehde liegen, die an Leidenschaftlichkeit hinter den schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes kaum zurückbleibt, hatte der Hände daß gegen die Socialdemokratie es doch vermocht, in Mannheim die feindseligen Brüder mit dem Freisinn zu einem Wahlartell zu vereinigen, mittels dessen man der seitherigen socialistischen Uebermacht Herr zu werden hoffte. Die größten Hoffnungen legten die Bürgerlichen dabei auf das Centrum, dessen Organisation in unserer Stadt im Laufe der letzten Jahre mit allen Kräften angebaut worden war. Eine besonders günstige Wirkung versproch man sich dabei von den großen rekrutierten Schaulustlingen des Katholikentages, und man hielt unter den Nachwirkungen desselben den Zeitpunkt bereits für gekommen, um die bisher mit überlegener Sicherheit behaupteten Positionen der Socialdemokratie im Sturm zu nehmen. Thatsächlich war die Siegeszukunft im schwarzen Lager eine außerordentliche, und auch Freisinn und Nationalliberalen trugen sich mit großen Hoffnungen. Der Wahlausfall hat gezeigt, daß alle diese Spekulationen total verfehlt waren, daß der politische Effekt der schwarzen Mannheimer Tagung mit ihrer aus allen Teilen Süddeutschlands zusammengeströmmelten „Arbeiter-Parade“ gleich null ist, und daß die Arbeiterschaft der oberpreussischen Industrie und Handelsmetropole nach wie vor mit unerwarteter Heftigkeit hinter der Socialdemokratie steht. Das dies der Fall sein werde, darüber konnte bei jedem, der die Entziehung kennt, die auch in den uns noch fern liegenden Kreisen der unteren Volksklassen über die Haltung des Centrums in der Pollfrage immer noch im Wahnen begriffen ist, nicht der geringste Zweifel bestehen. Für unsere Gegner bedurfte es aber einer blamablen Wahlniederlage, um sie von dieser

Thatsache zu überzeugen. Ihre Enttäuschung ist nach dem Ergebnis der Wahl denn auch eine derartig schmerzliche, daß die bürgerliche Presse zu dem Wahlausfall außer einigen verlegenen Medendarten kaum etwas zu sagen weiß, ihren Lesern die Zahlenresultate sogar teilweise vorenthält. Daß sie hierzu alle Veranlassung haben, das mügen die folgenden Zahlenangaben zeigen.

Nach im Jahre 1896 waren in der untersten Steuerklasse auf unsere bürgerlichen Gegner rund 2350 Stimmen entfallen, denen 3795 socialistische gegenüberstanden. Bei den Wahlen von 1899 stieg unsere Stimmenzahl auf 4100, während die Gegner (National-liberalen und Freisinn) sich mit 1510 begnügen mußten. Es waren uns damals auch Centrumsstimmen aus Arbeiterkreisen zugefallen, da die Merkmalen auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet hatten. Am verflochtenen Dienstage nun stand die Socialdemokratie völlig allein, ihr gegenüber die nationalliberal-freisinnig-merkmalen Koalition, die auf die zahlreichen Kleinen Beamten, Geschäftsleute u. der untersten Steuerklasse ihre Hoffnung setzte. Trotz alledem stieg auch diesmal die socialistische Stimmenzahl wieder beträchtlich, von 4100 auf 4930, während die vereinigten Gegner ganze 2050 Wähler für sich auf die Weine brachten. Dabei haben sich im Laufe der letzten Monate gerade hier in Mannheim die Folgen der wirtschaftlichen Depression in besonders unangenehmer Weise bemerkbar gemacht, indem sie zur Abwanderung zahlreicher Industriearbeiter führte, deren Stimmen uns andernfalls sicher zugefallen wären.

Der Wahlausfall vom Dienstag hat unseren Gegnern für die Zukunft die Luft geräumt, mit der Socialdemokratie nochmals auf ihrem ureigenen Boden anzubinden. Es ist aber auch von guter Vorbedeutung für die im nächsten Jahre bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen.

Die utopischen „Praktiker“. Wegen unseres Fernbleibens von der Gesellschaft für sociale Reform sind wir Socialdemokraten befamlich arg geschmäht worden. Am meisten wohl von den National-socialisten, die uns auch da, wie immer, unpraktische Prinzipienreiterei vorwarfen. Nun sind es gerade sie, die als die Ersten aus den Reihen jener Gesellschaft bittere Klage erheben über die reaktionäre Genümmung, die in ihr herrscht. Die „Dulse“ vom 5. Oktober jammert über das auch von uns schon gebührend gekennzeichnete Verhalten des Dunder-Hirns in der Konsumsvereinsfrage und des Industriellen Stübchens gegenüber der Rede Tischendörckes über das Vereinsrecht: „Nach den Proben, die man auf der Kölner Generalversammlung bekommen hat, kann die Gesellschaft nur einen schlafigen Gang und ein unglaublich langsames Tempo vertragen, sonst geraten verschiedene ihrer hervorragenden Mitglieder außer sich und stellen sich schützend vor — Polizei und Arbeitgeber.“ Wenn so schon die zahlen National-socialen schreiben, welcher Geist der Reaction mag dann in der „berühmten“ Gesellschaft herrschen. Und wie recht hatten wir, als wir sie von unsren Thüren wiesen!

Es bewährt sich wieder einmal die Erfahrung, daß keine Menschenart so phantastisch und leichtgläubig, so utopisch und als die Naivismusenden „Praktiker“, als welche sich die National-socialen aufspielen. Das Prinzipielle ist, historisch gemessen, auch stets das Klinge und Praktische, weil es eben das Notwendige ist. —

Auch eine Wahlsparole.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die bayerischen sogenannten Liberalen, die durch die sociale Centrumpolitik etwas Oberwasser bekommen haben, fehlt jetzt — nach ihrer Meinung — zu einem großen und durchschlagenden Erfolge nur noch eins, allerdings das wichtigste, nämlich die nötigen Wahltruppen. In der „Kugels Abendzeitung“ giebt nun ein Münchener Liberaler ein unsehbares Mittel an, wie man solche Hiffstruppen gewinnen kann. Es sollen nämlich Männer als Kandidaten aufgestellt werden, die

„energisch für den Abschluß langfristiger Handelsverträge eintreten und aus Ueberzeugung dafür wirken, daß den socialdemokratischen Aspirationen auf Erweiterung der sozialen Gesetzgebung zu Lasten der Arbeitgeber Einhalt gethan wird, kurz gesagt, wenn die liberalen Parteien aufhören, in letzterem Betreff über die Anträge der Regierung hinauszufragen, wie dies beispielsweise bei Beratung und Beschlußfassung über das Gesetz betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 20. Juni 1890 geschehen ist.“ ... Der größte Teil unserer Industriellen und Gewerbetreibenden, besonders in den größeren Städten, ist liberal, wer kann es denn selber aber verdienen, wenn sie sich auf Grund der gemachten Erfahrungen von einer Partei zurückhalten, wenn nicht ganz abwenden, deren hervorragende Führer selbstweise mit den Socialdemokraten wetteifern in dem Bestreben, zu Gunsten letzterer den Arbeitgebern fortwährend neue, unerhörtschöne Lasten aufzubürden.

Der liberalen Partei kann diese Wahlsparole nur dringendst empfohlen werden. Sie hat außer andern auch den gewiß nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß der Centralverband deutscher Industrieller zweifellos noch einen entsprechenden Zuschuß zu den Wahlkosten bereit stellt. —

Die Krife als Vorspann für den Marinismus. Durch die marinefreundliche Presse geht folgende Waschzettelnlos:

Der Marine-Staht wird in der Gestalt, die er im neuen Reichshaushalts-Voranschlag aufweist, vollständig sich in den Grenzen halten, die durch den Rahmen des Flottengesetzes gezogen sind. Es gilt aber nicht für ausgeschlossen, daß im Reichstage eine ziemlich starke Strömung sich geltend macht dafür, im Interesse der Förderung und Neubelebung der heimischen Erwerbstätigkeit eine Beschleunigung der im Flottenplan vorgesehenen Bauten einzutreten zu lassen. Das würde in gleichem Maße der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft wie indirekt auch der Landwirtschaft zu gute kommen. Denn je rascher das teilweise Daniederliegen der Industrie überwunden wird, umso mehr wird auch die Wiedererhöhung der Kaufkraft

Dieses Teiles der hiesigen Produktion der Landwirtschaft zu gute kommen.

Da haben wir also die verschämte Anklage der Marine-Mehrforderungen. Und zwar als Mittel gegen die Krise. Menschen mit normalen Hirnfunktionen sollten annehmen, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Krise und der Defizitwirtschaft die unproduktiven militärischen Ausgaben möglichst eingeschränkt werden müßten.

Die Wirkung der Lebensmittelsteuern tritt sehr deutlich hervor bei einem Vergleich zwischen den Preisen der wichtigsten Lebensmittel in Schweden, wo die bisher im Reichstag maßgebende Landmannspartei für landwirtschaftliche Erzeugnisse gestimmt hat, und in Dänemark, wo die Parteien auf holländischer Verzehrer und sich durch ihre eigene Anteilnahme und Tätigkeit eine verhältnismäßig gute wirtschaftliche Lage geschaffen haben.

Am 26. September 1902 betrug der Durchschnitt der Preisnotierungen für folgende Waren in den Hauptstädten der beiden Länder pro 100 Kilogramm:

Table with 2 columns: City (Stockholm, Kopenhagen) and various food items (Weizen, Roggen, Roggennmehl, Rapskollager, Amerikanischer Speck) with their respective prices.

Man sieht also auch hier wieder, wie recht unsere Agrarier mit ihrer Behauptung haben, daß die Höhe der Lebensmittel nicht verkehrlich ist.

Auf Preßens Spuren. Der Redakteur der „Staatsbürgerzeitung“, Ködler, der wegen Beleidigung des Stadverordneten Justizrat Caspel zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat sich bekanntlich der Verurteilung dieser Strafe durch die Flucht nach Oesterreich entzogen.

Da seit den achtziger Jahren, wo es der preussischen Regierung in mehreren Fällen gelang, die Auslieferung mächtiger Diplomaten-Beleidiger von Oesterreich durchzusetzen, ein ähnlicher Fall nicht mehr vorgekommen ist, ist die Einführung der „Staatsbürgerzeitung“ nur zu begrüßen, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß das Blatt sich viel weniger ausregen würde, wenn es sich nicht um seine eigene Angelegenheit handelte.

„Bravo Panther, gut gemacht.“ Wie der Brief eines Offiziers des „Panthers“, der der Verurteilung des haitianischen Kanonenboots „Cécile à Pierrot“ beivohnte, mitteilt, hat Wilhelm II. am 8. September nach erhaltener Meldung dem Kommandanten des „Panther“ das telegraphische Lob gesendet: „Bravo Panther, gut gemacht.“

Eine Lücke im Strafgesetzbuch. Unter dieser Spitzmarke schreiben die „Hamb. Nachr.“ u. a.: „Das deutsche Strafgesetzbuch bietet keine Handhabe zur Verfolgung und Unterdrückung einer staatsfeindlichen Agitation, was gegenüber den Erfahrungen, die tagtäglich in den vormalig polnischen Gebietsteilen, sowie in Nord-Sibirien usw. zu machen sind, und gegenüber der Gefahr der dortigen Aufwiegler sehr bedauerlich erscheint und eine Lücke im Strafgesetzbuch darstellt, deren Ausfüllung wichtiger ist als manche andre Aufgabe der Gesetzgebung.“

Ein bairisches Gericht über den Streikbruch. München, 1. Oktober. (Eig. Ber.) Das Münchener Schöffengericht hat dieser Tage ein Urteil gefällt, das durch seine Auffassung über den Streikbruch wohlthuend von dem abfällt, was man sonst von deutschen Gerichten zu hören gewohnt ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Neun Monate! Aus Chemnitz wird uns berichtet: Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Chemnitzer Strafkammer den Müller und Schuhmacher Telling aus Limbach zu neun Monaten Gefängnis.

Rechtigung. Im gestrigen Leitartikel Zeile 13 hat das Druckfehler-Tauschen den Streich gespielt, die beantragten Viehkölle auf 1200-1500 Prozent des Wertes vom Fleisch hinaufzuzugrauben.

Das Ausgleichsrisiko überhanden? Nach der „N. Fr. Presse“ ist in der Ausgleichsfrage eine entscheidende Wendung, und zwar zum Besseren, eingetreten. Die den Abschluß bisher verhandelnden großen Schwierigkeiten seien beseitigt und der Ausgleich als gesichert anzusehen.

nur das Meißelgeld zusammenzubringen, und mußte Weib und Kind in der größten Not zurücklassen. Da er nicht zum Streikbrecher werden wollte, geriet er in die größte Verzweiflung und wandte sich an den böhmischen Verein um Unterstützung.

Durch den Leiter des Schneiderwerks, den Genossen Riez, wurde schließlich noch festgestellt, daß die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes auf Veranlassung des böhmischen Vereins und zahlreicher böhmischer Arbeiter die „Münch. Post“ um eine öffentliche Verurteilung der geschilderten Zustände ersucht hatten, um weiteren Zugang böhmischer Arbeiter zu verhindern.

Es wurde angenommen, daß es Sache des Arbeitgeberverbandes ist, dafür zu sorgen, daß die böhmischen Arbeiter von dem Bestehen eines Streiks Kenntnis bekommen.

Und wenn auch nicht in Bezug auf die Arbeitslöhne, so wurde doch in anderer Weise nicht dem entprochen, was die Arbeiter nach den ihnen gegebenen Zusicherungen erwarten durften.

Ein neues Kolonialexperiment. Ueber die Einführung von Regern aus den amerikanischen Südstaaten in die deutschen Kolonien in Afrika werden zur Zeit, nach einer Meldung aus London, Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Regierung in Washington geführt.

Selbstverschuldete Trunkenheit kein Strafmitigerungsgrund. In den neuen Kriegsartikeln befindet sich auch die neue Bestimmung, daß bei Vergehen selbstverschuldete Trunkenheit nicht als Milderungsgrund angesehen werde.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

wegen des Polenslubs nicht dazu bereit finden lassen wollte, den zu Gunsten der galizischen Petroleumproduktion eingeführten Petroleumzoll herabzusetzen.

Niederlande.

Van Kol über den Krieg. Auf Grund verschiedener Mitteilungen konnte man zu der Meinung kommen, daß Van Kol auf seiner ostindischen Reise seine Ansichten über die holländische Kolonialpolitik wesentlich geändert habe, und einige bürgerliche Blätter in Holland vermuteten sogar, daß unser Genosse den socialdemokratischen Grundgedanken untreu geworden sei.

Belgien. Bombeattentat. Das Haus des Abgeordneten Carton de Wiart in Saint-Gilles bei Brüssel war am Dienstag Gegenstand eines Bombenattentats, gerade in dem Augenblick, als dieser mit seinem Bruder, welcher Sekretär des Königs ist, zu Tisch saß.

Italien. Der Anarchist Pietro Calcano, das Opfer christlicher, ausnahmsgezügelter Verfolgungswut, welcher auf der Halbinsel Saint-Anthonia bei Sorrent als Zwangsdomizilierter detiniert war und für dessen Verurteilung sich die Volksparteien oftmals regten, ist nun von der Regierung freigelassen worden.

Schweden. Die Kammerwahlen. Nach einer genauen Zusammenstellung der Wahlergebnisse haben sich folgende Schlußfiguren ergeben: Die liberale Sammlungspartei 101 Mandate (früher 90).

Russland. Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Ausland. Oesterreich-Ungarn. Die Ausgleichsfrage überhanden? Nach der „N. Fr. Presse“ ist in der Ausgleichsfrage eine entscheidende Wendung, und zwar zum Besseren, eingetreten.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Die ruffische Polizeiwirtschaft im Urteil des Finanzministers. Der ruffische Arbeiterschaft scheint ein Erfolg zu lächeln. Man könnte ihn sogar als einen recht großen bezeichnen, wenn er wirklich käme und wenn hinter ihm nicht das Gespenst des absolutistischen Polizeistaates stände.

Untersuchung einzuleiten. Außerdem sei für die Unternehmer die Verhaftung der Arbeiter von unangenehmen wirtschaftlichen Folgen begleitet. Die Einrichtung der Arbeitseinstellungen unter die strafbaren Handlungen gebe auch einen zu großen Spielraum den Gemischnungen der Polizei, die durch ihren Eifer nur schade und dem Unternehmer Scherereien verursache.

Den Großunternehmern Moskaus scheint die Praxis der Polizei ihatisch über, über die Schma zu geben. In ihren Eingaben an das Finanzministerium, die in der Denkschrift Verwendung gefunden haben, beschwerten sie sich, daß einseitig auch das Eingreifen der politischen Polizei das bekanntlich das Wort des jetzt nach Petersburg in das Ministerium des Innern berechneten Oberjägers Subatow war, die Unternehmer in der Zucht vor politischen Ausschreitungen gezwungen werden, sehr oft nachgiebig zu sein, wo das sonst nicht notwendig wäre; andererseits verunnmögliche die Polizei durch ihr Eingreifen die friedliche Schlichtung eines Streites. Es sei eine Lage herbeigeführt worden, in der man jede Regel und Bestimmtheit vermissen; die Unternehmer seien zu sehr von den willkürlichen Entschlüssen der Verwaltungsbehörden abhängig. In der Denkschrift heißt es darüber wörtlich: „Nach der Ansicht der Polizeibehörden, die ihre Stütz in der Unklarheit und Verwirrenheit der bestehenden Gesetze finden, ist der Streit nicht eine natürliche wirtschaftliche Erscheinung, er wird in jedem Fall als die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung aufgefaßt. Wenn man sich zu den Arbeitsunterbrechungen in den Fabriken sich gelassener verhalten würde, so könnte man viel leichter ihre wahren Ursachen aufdecken und ihre gerechten Klagen von ungesunden und unbegründeten Ideen, es könnten dann auch leichter entsprechende Mittel zur friedlichen Einigung ergriffen werden. Bei einem solchen mehr normalen Zustand würde die Maßregel der Vorbereitung und Niederwerfung nur dann in Anwendung zu bringen sein, wenn Unruhen ausbrechen. Die Polizei bemühe sich nicht im geringsten, die Ursachen eines Streites zu untersuchen, sie sei nur bestrebt, einen Streik um jeden Preis zu brechen. Man schreie dabei vor seinem Mittel zurück, selbst vor der Anwendung „des Militärs nicht“. Keins von diesen Mitteln könne empfohlen werden, „denn sie säen unter die Arbeiter nur Erbitterung und zwingen die Unternehmer zum Nachgeben“ und unter den Arbeitern befestigen sie die äußerst schädliche Ueberzeugung, daß ein Streik das richtige Mittel sei, ihre Wünsche durchzusetzen.“ Von diesen Erwägungen ausgehend, empfiehlt die Denkschrift, die bestehenden strafgesetlichen Bestimmungen über Arbeiter-Ausstände nach den Mustern der westeuropäischen Gesetze dahin abzuändern, daß Streikende nur wegen Drohung, Gewaltanwendung und Ehrlosdärkung“ zu verfolgen sind. An Stelle des bestehenden Gesetzes soll mit einem Wort das seiner Zeit projektirte deutsche Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen treten.

Sollte das Projekt zur Annahme kommen, so ist eine kleine Erleichterung für die Arbeiter in wirtschaftlichen Kampf zu erwarten. Doch allzu große Hoffnungen wird die russische Arbeiterschaft auf das Gesetz, wenn es auch ganz die Gestalt erhält, die ihm Witte geben will, nicht setzen. Bei dem bestehenden System bleibt der administrativen Willkür Thür und Thor ungeschmälert offen und da ist vor allem die politische Polizei, für die das Gesetz einfach nicht vorhanden wäre. Sie würde frei wie bisher schalten können, und nach wie vor würden Personen, die sich mehr in die Dessenlichkeit hinauswagen, nicht sicher sein, daß sie als „Unzuverlässige“ hinter Schloß und Riegel kommen. Das Gesetz mühte mit einer Stärkung des Versammlungsrechtes und der Freiheit der Rede und der Schrift und vor allem mit einer Garantie für die politische Unantastbarkeit der Person verbunden sein, das würde aber einen tiefen Schnitt in das ganze absolutistische System bedeuten. Es ist gewiß, daß das Projekt in den Hof- und Regierungskreisen Staub aufwirbeln wird, und auf weissen Seite schließlich der Sieg bleibt, darüber kann man mehr als eine Meinung bestehen. Vielleicht ist auch Witte an seinem Projekt gar nicht viel gelegen und er hat nur seiner treuen Befolgschaft, dem Industrie-Unternehmertum zeigen wollen, daß er stets ihr Ohr für die Interessen des Industriekapitals offen hält, daß aber ihre Geschick nicht in seinen Händen allein liegt. Verschiedene Ereignisse der letzten Zeit sprechen auch für diese Annahme. Wüthru ist seine Denkschrift ein Dokument der wachsenden neuen Macht im Rückland, des Proletariats, sie ist aber mehr noch eine unwillkürliche scharfe Verurteilung der Verhältnisse, in denen der russische Arbeiter zu leben gezwungen ist. Die sozialdemokratische Partei thut gut, wenn sie die Witte'sche Denkschrift, wie sie es beschloffen hat, als Agitations-Proschrift erscheinen läßt.

Wo weilt Witte? Der russische Finanzminister ist noch offizieller russischer Darstellung nach der Mandchurei abgereist, um dort nach dem Rechten zu sehen und die angeblich fälschlich beabsichtigte Nämmerung der Mandchurei vorzubereiten. Nach einer Meldung aus Tientsin vom 3. Oktober ist er dort auch bereits am 2. Oktober eingetroffen und nach der Mandchurei weitergereist. Demgegenüber behauptet jedoch eine Pariser Meldung, daß Witte in Paris eingetroffen sei um dort in aller Stille eine große russische Anleihe zu stande zu bringen. Ueber den wirklichen Verbleib des russischen Finanzministers ist man also im Unklaren, da die Pariser Meldung mindestens ebenso wahrscheinlich klingt, wie die russisch-offizielle Lesart.

Zum Mitglied des Reichsrats wurde der bisherige Oberbefehlshaber der Truppen des Militärbezirks Amur, General Grodjelow, ernannt. Die Abberufung ist um so auffälliger, als Grodjelow unter den russischen Generalen als einer der besten Kenner Afrikas gilt und nach dem Feldzuge in der Mandchurei im Jahre 1900 noch seitens des Jaren durch die Verleihung eines goldenen Ehrenabzeichens ausgezeichnet worden war, der die selbe Aufschrift trug: „In den Sieg in der Nordmandchurei“.

Türkei.

Die macedonischen Unruhen sollen einen bedrohlichen Charakter angenommen haben. In macedonischen Kreisen Sofias wird, nach einer Meldung der „B. Z.“, der Zustand in den Bezirken Monastir und Kastoria als sehr ernst bezeichnet. Unter des Obersten Jankows Befehlen stehen angeblich über 3000 Mann; auch soll sich der flüchtige Oberstleutnant Verciz an Ort und Stelle befinden, bis zum 23. September sollen nach den hier eingelaufenen Berichten im Kastoriagebiet alle Durchgänge und strategisch wichtigen Punkte von türkischen Besatzungen besetzt sein. Die Aufständischen scheinen hauptsächlich die Stadt Monastir selbst ins Auge gefaßt zu haben. Einige Abteilungen haben sich auf den nahen Höhen festgesetzt. Durch Besetzung des Durchganges bei dem Dorfe Gjawato im Monastirgebiet sei das Einbringen von Armeen verhindert worden. Im Gebiet von Odrida sei aller Verkehr unterbrochen. Michailkowskij „Reform“ predigen offen den Aufstand.

Der Sultan hat unter diesen Umständen beschloffen, die Truppenmacht in den Vilajets Saloniki, Monastir und Kastovo von 247 auf 300 Bataillone zu verstärken.

Anlässlich der macedonischen Unruhen ergeht sich die „Nowoje Wremja“ in Drohungen gegen die Türkei, die sich sträube, endlich durch ausreichende Reformen der macedonischen Unruhen den Boden zu entziehen. Es wäre im höchsten Grade wünschenswert, daß man im „Bildz“-Mosk endlich die wahre Lage richtig erkennen und sich, bevor es zu spät werde, der traurigen Lehren erinnern wolle, welche die Geschichte gegeben habe. Inzwischen aber fährt das macedonische Komitee unter stiller Sanftion der mit Aufstand liierten bulgarischen Regierung fort, von Bulgarien aus die macedonische Bewegung zu schüren. Die kürzlich stattgefundene Schipla-Fest wird auch nicht dazu beitragen, auf die panlawistischen Bestrebungen, die sich jetzt wieder häufig bemerkbar machen, einen Dämpfer zu setzen.

Immerhin erscheinen uns die Befürchtungen, die Vorgänge in Mazedonien könnten einen neuen russisch-türkischen Krieg heraufbeschwören übertrieben. Ruhigand hat zu viel mit seinen eigenen unruhen Karrieren zu machen und stekt zu sehr in Finanznöten, als daß es ihm leicht die letzten des letzten Krieges vergehen könnte, der beweist, welche militärische Widerstandskraft der franke Mann am Vespors noch immer besitzt.

Einige Berichtigungen.

In einem längeren Artikel beschäftigte sich die „Berliner Korrespondenz“ mit einem Teil meines Referats über die Arbeiterversicherungen. In diesem Artikel wurde gegen Sage und Zahlen polemisiert, die mich eine nicht genaue Berichterstattung die Form und den Inhalt erhalten haben die Gegenstand des Angriffes sind. Bei etwas Ueberlegung hätte der Verfasser finden müssen, daß hier ein Fehler in der Berichterstattung vorliegt. Denn der Verfasser wird wohl nicht annehmen, daß jemand in einer Rede zweimal die Zahl der Kerze angiebt und dann völlig verschiedene Ziffern nennt. Ein Blick in die Krankenlaffen-Statistik hätte ihn schon auf den Gedanken bringen können, daß die Zahlen 22 200 und 34 300 in irgend einem Zusammenhang mit den Kerzenhonoraren stehen, denn für beide Jahre, die ich anführte, sind es die ersten Ziffern der für Kerzenhonorar ausgegebenen Summen 1894 wurden von den Krankenlaffen 22 200 891 M. und 1900 34 331 308 M. für Kerzenhonorar bezahlt.

Da die citierten Sätze aus dem Bericht zu Mißverständnissen Anlaß geben können, so sehe ich mich genötigt, in kurzen Sätzen das wiederzugeben, was ich gesagt habe. Ich habe mich gegen die Beschreibungen der Kerze gewandt, die in ihrem Erfolg darauf hinauslaufen würden, aus der Krankenversicherung der Arbeiter Versorgungsklassen für Kerze zu machen. Hierbei habe ich nicht das Streben der Kerze nach Verbesserung ihrer Lage bekämpft, sondern bin den Forderungen entgegengetreten, die das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten betreffen. Wie schon von den Kerzen behauptet, daß ihr Unglück in dem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter begründet ist, und zum Beweise werden die Konflikte erwähnt, die in einzelnen Orten zwischen Kostenvorständen und Kerzen ausgebrochen sind. Eine schier unbegreifliche Geheißigkeit gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter kommt in der Schrift der Augsburger Kerze zum Ausdruck. Da habe ich denn gefragt, woher denn die bayrischen Kerze die Selbstverwaltung der Arbeiter kennen, da die Massen, in denen die Arbeiter ein Selbstbestimmungsrecht haben, in Bayern fast gar nicht vertreten sind? In den in Bayern vorhandene 4127 Gemeindef-, 602 Betriebs-, 3 Bau- und 12 Zunftklassen haben die Arbeiter so gut wie gar keinen Anteil an der Verwaltung. Nur bei 63 Ortsklassen, 10 eingetragene und 9 landbesitzlichen Hilfsklassen kommt die von den Kerzen so sehr gehachte Selbstverwaltung in Betracht.

Die angeführten Zahlen habe ich dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ entnommen. Sie stimmen nicht ganz mit den von Dr. L. Weffer auf Seite 4 seiner Brodschüre „Status praesens“ angeführten Ziffern überein, es sind eben die zuverlässigsten Ziffern, die wir besitzen. Ich wollte nachweisen, daß eine Verringerung der Lage der Kerze eintritt, und führte dafür folgende der amtlichen Statistik entnommenen Ziffern an. In den Jahren von 1894, als das erste Jahr, in welchem das Krankenversicherungs-Gesetz in seiner jetzigen Fassung gilt, bis 1900, also dem letzten Jahr, über welches wir eine amtliche Statistik besitzen, ist die Zahl der Mitglieder von 7 282 009 auf 9 520 763, also um 30,73 Proz. gestiegen, die Zahl der Krankentage stieg von 43 086 440 auf 64 916 827, also um 48,50 Proz., und das Kerzenhonorar von 22 200 891 M. auf 34 331 308 M., also um 54,58 Proz. Wenn in einem bestimmten Zeitraum das Kerzenhonorar stärker steigt als die Zahl der Krankentage, dann ist damit doch bewiesen, daß eine Verringerung für die Kerze eintritt und jene mit Recht als standaldis niedrige Bezahlung bezeichnet werden sollte. Wenn die Kerze ihre Lage verbessern wollen, dann bin ich und mit mir die ganze sozialdemokratische Partei die letzten, die ihnen dieses Streben zum Vorwurf machen. Was wir bekämpfen, sind die falschen Behauptungen, daß die Proletarisierung der Kerze durch die Versicherungsgeetze herbeigeführt ist, und in erster Linie treten wir dem Streben entgegen, welches darauf abzielt, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu vernichten. Daß Klassen ohne Selbstverwaltung der Versicherten keine für die Kerze idealen Zustände schaffen, beweist das Beispiel Bayerns.

Da die „Berl. Kerze-Korr.“ bei ihrer Polemik von einer falschen Voraussetzung ausgeht, so erübrigt es sich, weiter auf den Artikel einzugehen.

Berlin, den 1. Oktober 1902.

H. Nolkenbuh.

Partei-Nachrichten.

Mit dem Münchener Parteitage beschäftigten sich die Genossen in Frankfurt a. M., Augsburg, Rosenheim, Darnstadt, Dessau und Lübeck. Eine lebhaftere Diskussion entstand nur in Frankfurt und zwar über die Frage des Alkoholismus, wo ein Abstimmen mit der Art der Behandlung dieser Frage nicht einverstanden war. Im übrigen zeigte sich allgencines Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitage.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen in Lübeck beschloffen die Aufhebung des Vertrauensmännersystems.

Kunst und Kritik. In Bremerhaven hatte der Genosse Haberkamp, der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes im Stadtverordnetenkollegium verschiedene Mißstände am Stadt-Theater zur Sprache gebracht, das städtische Zuschüsse bekommt. Darauf entzog die Direktion des Theaters seinem Parteiblatt die Inserate und den Pressplatz. Natürlich irrt sich die Direktion, wenn sie glaubt, auf diese Weise die sozialdemokratische Kritik zum Schweigen zu bringen.

Von schwerem Mißgeschick wird, wie die „Erfurter Tribune“ berichtet, unser Genosse Wikard Leub verfolgt. Wie bekannt, wurde Leub nach kurzer Tätigkeit an dem Erfurter Parteiblatt wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wegen eines Wides, in dem mit keinem Worte vom Kaiser die Rede war, und der in vielen andern Mäthern unbeanstandet gelassen ist. Leub erkrankte hierauf und konnte erst im August 1901 seine Strafe in Wädgenje — er war wegen seiner Erkrankung nach Berlin übergesiedelt — antreten. Inzwischen war er wegen einer weiteren „Beleidigung“ abermals zu drei Monaten Gefängnis vom Erfurter Gericht verurteilt worden. Kurze Zeit nach Antritt seiner Strafe verlor Leub seine Mutter durch den Tod. Er erkrankte hierauf im Gefängnis an Lungenerkrankung, wurde aber nachher wieder geneigt. Doch nur für kurze Zeit, denn bereits Mitte April d. J. mußte er aus dem Gefängnis entlassen werden, da bei einem weiteren Aufenthalt daselbst sein Leben in Gefahr war. Er mußte ins Augustin-Hospital in Berlin gebracht werden, das er aber Anfang Juni verließ, um sich in Privatbehandlung zu begeben. Geheimrat Professor Ewald stellte ihm ein Attest aus, indem es heißt, daß „der Krankheitszustand des Redakteurs Leub ein derartiger ist, daß seine Ueberführung in eine Strafanstalt oder in ein dort befindliches Lazarett ohne Schaden für Leben und Gesundheit nicht erfolgen kann“. Am 20. September bestätigte Prof. Ewald sein früheres Gutachten nochmals und fügte hinzu: „Der Kranke ist unvollständiger fähig, einen Transport während der kalten Wintermonate zu erleiden, als sich in regelmäßigen Intervallen starkes, bis zu 30 Grad ansteigendes Fieber einstellt. Vor Ablauf des nächsten Winters ist eine Inhaftierung des Kranken ausgeschlossen.“

In der That ein tragisches Schicksal. Und wenn Genosse Leub wirklich wieder gesund sein wird — was von ihm mit uns alle

Genossen von Herzen wünschen — dann hat er noch 7 Monate Gefängnis abzumachen. Er mühte in der Zwischenzeit seine Gesundheit außerordentlich kräftigen, wenn er den erneuten Gefängnis-aufenthalt ohne Schaden überleben sollte.

Der erste Sozialdemokrat in der Gemeindevertretung der Hauptstadt Hainland. Unser Parteigenosse Reino Diakila, „Arbeitlers“ Redakteur, wurde am Donnerstag voriger Woche in Peltungfors als Stadtverordneter gewählt und zwar mit allen abgegebenen Stimmen. Der Ausfall der Wahl lag in dem betreffenden Kreise in Händen der Bourgeoisie schwedischer Jungge. Die bürgerlichen Wähler wollten durch ihre Stimmabgabe gegen die russische Gewaltherrschaft demonstrieren und fanden dazu keinen besseren Kandidaten als den Vertreter der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein jährliches Versammlungsverbot.

Von der höchsten Amtshauptmannschaft Stimmo erging mit Datum des 24. September 1902 folgender Erlaß:

Die Abhaltung der von Ihnen für Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf einem Weiengrundstücke in Weidung angemeldeten öffentlichen Volksversammlung wird hiermit auf Grund von § 12 des Gesetzes des Vereins- und Versammlungsrecht betreffend vom 22. November 1850 in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juni 1898 verboten. Die Igl. Amtshauptmannschaft hat sich bei dem Verbot, ganz abgesehen von der schwierigen Zugänglichkeit zu dem Versammlungsorte, von der Erwägung lassen lassen, daß die übrigens nicht Jänen, sondern Jhres Uebertou gehörige Wiege an die Walde grenzt und die Ufer des Jflusses der selbst sehr steil abfallen und das Wasser der Walde sehr tief ist, sonach aber für das die Versammlung besuchende möglicherweise sehr zahlreiche Publikum eine dringende Gefahr für die Sicherheit vorliegt.

Dazu kommt, daß an die fragliche Wiege ein dem Gutsbesitzer Uhlemann gehöriger Akeracker angeht, dessen Vertreter der genannte Gutsbesitzer Uhlemann nicht dulden will.

Also die bekannte Sorge um Leben und Gesundheit der verdammten Sozialdemokraten, die doch im übrigen mit allen Mitteln bekämpft werden und gegen die schon mancher Pulver und Blei als Heilmittel empfohlen hat. Wenn dagegen die guten Bürger Versammlungen abhalten wollen, oder, da diese sich selten mit Politik beschäftigen bei ihren Zusammenkünften, wenn sie tanzen, saufen oder Hurra schreien wollen, dann ist keine Rede zu häufig und kein Ufer zu steil, umbelümmert um ihr Wohl läßt die Polizei sie Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen.

Interessant ist auch der Verbotsgrund, daß der Versammlungsplatz zu schwer zugänglich ist. Der jähstliche Polizei muß eben alles zum besten dienen. Mit derselben kaltblütigen Ruhe, mit der sie diese Versammlung wegen zu schwieriger Zugänglichkeit verbietet, verbietet sie auch Versammlungen wegen zu leichter Zugänglichkeit, z. B. weil der Versammlungsplatz zu nahe am Wege liegt.

Man muß eben den tieferen Sinn des — kühnen Spiels erkennen, um den leitenden Faden in diesem Gewirre stets und nur gelegentlich Gründe zu finden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Lederarbeiter.

Eine stark besuchte Lederarbeiter-Versammlung beschäftigte sich am Donnerstagnachmittag mit der gescheiterten Einigungs-Vorhandlung vor dem Gewerbegericht. Nach einer lebhaften Aussprache wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Versammlung bekämpft die Ablehnung des gemachten Einigungsvorschlages seitens ihrer Vertreter gut. Sie bedauert, daß die Unternehmer bezüglich der gerechten Forderungen der Arbeiter so wenig Entgegenkommen gezeigt haben, umso mehr, als jene es ablehnten, die von den Arbeitervertretern gewünschte zweiwöchige Bedenkfrist zu akzeptieren. Des weiteren erklärt die Versammlung, daß wenn die Fabrikanten ihre Anerbietungen nicht in etwas erweitern, die Arbeiter es vorziehen, unter den alten Bedingungen, jedoch ohne Kontrakt weiterzuarbeiten.

Am Freitag sollte sodann vom Einigungsamt der Schiedspruch gefaßt werden. Beide Parteien waren wieder zur Stelle. Noch einmal gab es eine mehrstündige Verhandlung, in deren Verlauf die Arbeiter ihre Forderungen auf folgendes Minimum reduzierten: Für die Dammarbeiter 45 Pf. Stundenlohn; für sämtliche Zuschläge 4 Proz. Zuschlag; für die Arbeiter eine Zulage von 1 M. pro Woche und 2 1/2-jährigen Kontrakt. Die Arbeitgeber erklärten, auch diese Forderung nicht bewilligen zu können; infolgedessen sollte das Einigungsamt einen Schiedspruch mit nachstehenden Hauptbestimmungen:

Es werden sofort gezahlt an Dammarbeiter 45 Pf. Stundenlohn, an die Zuschläge 3 Proz. und nach 2 Jahren 4 Proz. Zuschlag; an die Arbeiter 41 Pf. Stundenlohn und für sofort Schmachden 2 Proz. mehr. Einsetzung einer Schlichtungskommission betreffend Einführung des vorläufigen Arbeitsnachweises usw., auch soll die Kommission dahin wirken, Tarifverträge für ganz Deutschland in diesem Verufe einzuführen. 5-jähriger Vertrag.

Da die Arbeitervertreter diesen Spruch einer neuen Versammlung unterbreiten müssen, so behielten sie sich vor, am Montag eine definitive Antwort zu geben. Die Arbeitgeber verlangten aber sofort eine bindende Erklärung, die nach Lage der Sache jedoch nicht abgegeben werden konnte. Hierauf erklärten sie, daß schon am Sonnabend (heute) ein Teil der Arbeiter aus betriebswirtschaftlichen Gründen mit der Arbeit aussetzen müßten.

In Sachen der Lohnbewegung der Baugläser fanden Donnerstagabend Verhandlungen zwischen dem Gesellenausschuß und der Berliner Glaserinnung statt, die nach lebhaften Auseinandersetzungen folgendes Ergebnis hatten: Der geforderte Stundenlohn von 50 Pf. wird in einem Staffeltarif von 45, 50, 55 Pf. umgewandelt und über den erhöhten Tarif, der nach dem 1. August 1903 in Kraft treten soll, wird sofort verhandelt. In der Frage des Arbeitsnachweises soll dem Ausschuh der Gesellen jederzeit die Kontrolle zufallen. Ferner wurde man sich dahin einig, daß in Kommissionsberatungen über alle kritischen Punkte entschieden werden soll. Diese gewünschte Kommission soll aus acht Gesellen und aus acht Meistern — welche leichter folgen in der Versammlung gewählt wurden, bestehen. In Bezug auf die vorläufig abgelehnten Forderungen wurde die Zunftkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die Forderung der Abschaffung der Accordarbeit dahin abgeändert wird, daß Accordarbeit bleibt, daß jedoch kein Geselle der Accordarbeit verweigert, oder Meister, der solche fertigt, gemahnt wird. In allen übrigen Punkten erfolgte eine Einigung.

Deutsches Reich.

Polizeiwilktir gegen Streikende. Als die Maurer in Königsberg i. Pr. streikten, fragte ein am Bahnhof postenstehender Maurer einen soeben angekommenen Arbeiter, ob er Maurer sei. Dieser verneinte die Frage, und die Angelegenheit wäre damit erledigt gewesen, wenn die Polizei nicht wäre, die ja auf streikende Arbeiter ein ganz besonders wachsames Auge hat. Der betr. Maurer erhielt ein Strafmandat. Jedenfalls soll er durch Ansprechen des Reisenden den Verkehr gestört oder wer weiß was sonst für einen Verstoß gegen die heilige Ordnung begangen haben. Die Angelegenheit kam vor das Schöffengericht wo der als Zeuge vernommene Sachmann, der den Maurer angezeigt hatte, als Grund der Anzeige nichts anderes anzugeben vermochte, als die Bemerkung: „Wir hatten den Auftrag, während des Streiks alle Maurer anzugreifen, die vor dem Bahnhof zureisende Arbeiter ansprachen.“ Unter diesen Umständen sprach das Gericht den Angeklagten natürlich frei.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie die Polizei ihre Aufgabe gegenüber streikenden Arbeitern auffaßt, und wie wenig in polizei-

lichen Kreisen die Rechte, welche das Gesetz den Arbeitern im wirtschaftlichen Kampfe gewährt, bekannt sind.

Das Arbeiterstreikrecht in Ostpreußen ist laut Beschluss einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung bis auf weiteres eingezogen, weil der bisherige Sekretär am 1. Oktober aus dem Amte scheidet, und eine geeignete Person für den Posten nicht zu haben war, da derselbe zur Zeit noch nicht voll besoldet werden kann. Alle das Sekretariat betreffenden Zuschriften x. sind zu richten an den Vorsitzenden des Gewerkschaftslokals J. Geiser, Hildesheim, Moritzberg.

Die Löhner in Roswig, 140 an der Zahl, befinden sich im Streik, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 20 Proz. zugemutet wird, die sie einstimmig zurückweisen.

Zu einer allgemeinen Textilarbeiter-Aussperrung scheint es in Coesfeld in Westfalen zu kommen. Wir hatten schon früher mitgeteilt, daß dort Differenzen entstanden sind wegen der als Nachregelung aufgefaßten Entlassung von drei Vorstandsmitgliedern des christlichen Textilarbeiter-Verbandes. Kurzlich fand auf Veranlassung des Bürgermeisters eine Besprechung zwischen Vertretern der Fabrikanten und der Arbeiter statt. Erstere lehnten die Wiedererhellung der Entlassenen ab und verlangten die bedingungslose Fortnahme der Kündigung der übrigen Arbeiter. Die Vertreter der letzteren gingen darauf nicht ein, und so werden die Fabrikanten wahrscheinlich zur Ausperrung schreiten und dadurch zeigen, daß sie Feinde jeder, auch der christlichen Arbeiterorganisation sind.

In Bochum sind bei der am 2. d. M. vollzogenen Gewerbegerichts- und Mandatwahl die freien Gewerkschaften mit 188 Stimmen gewählt gegen 174, die für die christlichen Kandidaten abgegeben wurden.

Kursland.

Vergarbeiter-Bewegung in Frankreich.

Die unsren Lesern durch telegraphische Nachrichten bereits bekannten Thatsachen werden durch folgenden Bericht unseres französischen Korrespondenten ergänzt:

Paris, 2. Oktober. (Sig. Ver.) Ueber den in geschlossener Sitzung vortretenden Generalkonferenz-Beschluss des Vergarbeiter-Kongresses von Commeny erzählt man jetzt Näheres aus drei gleichzeitigen Amnestien des Landeskomitees der Vergarbeiter-Gewerkschaft, welches die Vollmacht zur eventuellen Einleitung des Generalstreiks erhalten hat.

In Erfüllung seines Auftrages richtet das Komitee zunächst je eine Aufforderung an das Generalkomitee der Grubencompagnien und an die Regierung und einen Aufruf an die Vergarbeiter.

Von den Grubencompagnien wird verlangt, eine Abordnung zu ernennen, die zusammen mit einer 18gliedrigen Abordnung der Arbeiter (drei Vertreter pro Kohlenrevier nebst dem Generalsekretär des Vergarbeiterverbandes) über folgende Fragen zu beraten hätte: Lohnerhöhung, Organisation und Reglementierung der Arbeit, Ferner wird im die „Meinung“ des Grubencompagnien-Komitees über den Schichtendtag und die Alterspension von zwei Front täglich nach 30 Arbeitsjahren und nach dem 50. Altersjahr gefragt.

Von der Regierung wird Antwort verlangt darüber, was sie zu thun gedenke, um die alten Forderungen der Vergarbeiter zu erfüllen: Schichtendtag, gesetzliche Alterspension nach 30 Arbeitsjahren und nach dem 50. Altersjahr, Lohnumminderung, Reform des Gesetzes betr. die Sicherheits-Delegierten der Vergarbeiter, Reform des Unfallgesetzes und Gleichstellung mit den anderen Arbeiterkategorien in Bezug auf die Schiedsgerichte; „Wir wagen die Hoffnung, daß die Regierung für das Zustandekommen dieser Gesetze mit all der Eile sorgen wird, die wir von ihr erwarten. Andernfalls würden wir Maßnahmen zu treffen haben, die die Situation mit sich bringt.“ Schließlich wird die Regierung gebeten, sich an der Verständigung zwischen den Arbeiter- und Unternehmer-Vertretern durch Delegation zu beteiligen.

Der Aufruf an die Vergarbeiter ladet diese ein, sich zum Kampfe auf das erste Signal des Komitees bereit zu halten: „Der Streik wird eine vollendete Thatsache sein, wenn die erwartete Antwort der Compagnien und der Regierung und nicht vollständige Genehmigung gleich. Von nun an ist dein Kongreß der Generalkonferenz als das einzige Mittel erschienen, die Compagnien auf dem Wege der Ungerechtigkeiten und der Schiedsgerichte aufzuhalten, um sie zu nötigen, was einen Lohn zu geben, der mindestens ihren ständischen Gewinnen proportional wäre. Der Generalstreik wird zweifelsohn auch unsere Zukunft sein, um unsere so berechtigten Forderungen durchzusetzen, die wir seit 20 Jahren aufstellen, ohne auch nur die mindeste Genehmigung erhalten zu haben.“

Demnach erscheint der eventuelle Generalstreik zunächst der Lohnerhöhung bzw. der Abwehr der bereits vielfach eingetretenen Lohnreduktion zu gelten. Der Generalstreik als Preisdienstmittel gegen die Regierung und das Parlament läme erst in zweiter Linie in Betracht.

Inzwischen ist, einer Wolffschen Meldung zufolge, die Antwort des Ministerpräsidenten Combes auf das Schreiben des Grubenarbeiter-Sekretärs Gotta erfolgt. Die Antwort ist vom Ministerpräsidenten im Einverständnis mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgestellt. Sie besagt, daß die Forderungen der Grubenarbeiter gegenwärtig den Gegenstand der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes betr. die Arbeiterpensionen bilden. Was die Feststellung eines Minimalgehalts angeht, so trete die Regierung der Ansicht des früheren Kabinetts, das einer solchen Reform feindselig gegenüber stand, bei.

Ferner wird gemeldet, daß in Lens (Pas de Calais) ein Vergarbeiterstreik ausgebrochen ist, an dem 8000 von 25 000 in sechs Gruben beschäftigten Arbeitern beteiligt sind.

Die Bau-Unternehmer in Bern verlangen von den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit, ehe sie mit ihnen über die gestellten Forderungen unterhandeln wollen. Die Streikenden wiesen die unterthänige Zumutung zurück. Die von den Stadtbehörden angebotene Vermittlung ist so gestandlos geworden.

Nachregelung organisierter Arbeiter. In Karlsborgs Sägewerke in Neder-stalig im schwedischen Nordland sind 400 Arbeiter entlassen worden, weil sie sich nicht konformistisch verhielten, lehrte Arbeiterorganisation anzugehören. Bei dem Sägewerk werden im ganzen 600 Arbeiter beschäftigt, davon sind 500 organisiert.

Der Streik im Bauverge in Schweden scheint nun seinen Abschluß finden zu sollen. Durch die Vermittlung des Landeshauptmanns ist ein Vergleich zu Stande gekommen, der von den Abteilungen des Holzarbeiter- und des Maurerverbandes in Malinö, Lund und Trelleborg, zum Teil jedoch nur unter gewissen Bedingungen, gutgeheißen wurde. Jedoch wird noch einige Zeit vergehen, ehe die Arbeit überall wieder aufgenommen werden kann.

Aus Industrie und Handel.

Damburgs Seeschiffahrt hat im laufenden Jahre ausgehend wie Einkommend erheblich zugenommen. Nach den soeben veröffentlichten Zahlen des Handelsstatistischen Bureaus für die abgelaufenen drei Quartale kamen in Damburg an: 10 369 Tamps- und Ergelohne mit einem Nettogehalt von 6579 733 Register-Tonnen gegen 6687 mit 6 418 593 Tonnen in 1901 und 10 121 mit 6 090 657 Tonnen in 1900. Es gingen in demselben Zeitraum aus: 1902 10 236 Schiffe mit 6 540 590 Register-Tonnen gegen 9524 mit 6 855 843 Tonnen in 1901 und 10 108 mit 6 140 234 Tonnen in 1900.

Zum Zusammenbruch der Aktien-Gesellschaft für chemische Industrie, Mannheim-Neinan. Ueber die Vermögensverhältnisse der an dem verkrachten Unternehmen beteiligten Personen weiß die „Frankfurter Zeitung“ folgendes zu berichten: Böhm soll kein Vermögen über 1 Million Mark angegeben haben, es sei aber großenteils angelegt in Wertpapieren seiner Gesellschaften. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Konrad Wied, hatte etwa ebenso viel im Vermögen, jedoch einen erheblichen Teil an Aktien

der verkrachten Gesellschaft. Die Herren Rechtsanwältin v. Harder und P. Mahler gelten als mehrfache Millionäre. Bezüglich der Regierfrage haben sich die Aufsichtsratsmitglieder dahin geäußert, daß sie sich auf Verhandlungen erst nach Entlassung des Strafprozeßes gegen Böhm und Bauminger einlassen würden, in sofern dabei festgestellt werden sollte, daß sie sich ihrerseits eine Unterstellung in ihrer Aufsichtspflicht haben zu Schulden kommen lassen. Vorerst stehen die Aufsichtsratsmitglieder auf dem entgegengelegten Standpunkte.

Hörder Vergewerks- und Hüttenverein. In dem von der Gesellschaft soeben für 1901/02 veröffentlichten Geschäftsbericht wird dargelegt, daß im ersten Semester des Berichtsjahres der Geschäftsergebnis ein außerordentlich starker war, so daß wiederholt die Einlegung von Rückschritten notwendig wurde. Erst im zweiten Halbjahre besserten sich die Verhältnisse, nachdem die äußerst günstige Lage der Eisenerz- und Stahlabfälle der verschiedenen Staaten von Nordamerika es wieder ermöglichte, in größerem Umfange Aufträge des Auslandes zu erlangen. Die hierbei zu erzielenden Preise, dreht es im Bericht, sind allerdings auch heute noch derartige, daß sie höchstens die Gekochungskosten decken. Die Mitte Januar 1902 einsetzende Fälligkeit der Geschäftsfrage war nur von kurzer Dauer; denn mit Beginn des zweiten Quartals machte die früher schwache Haltung auf dem gesamten Eisenmarkt sich wieder bemerkbar. Demnach ist der Verbrauch an Eisenerz- und Stahlabfällen durchaus nicht gering; es ist vielmehr, wie der Bericht betont, die in den letzten Jahren in Deutschland so enorm gesteigerte Produktionsfähigkeit, welche dauernd auf den Markt drückt und noch auf absehbare Zeit die deutschen Werke zwingen wird, für bedeutende Mengen ihrer Fabrikate Abzug im Ausland zu suchen.

Diese Umstände haben den Betriebsergebnis sehr reduziert. Er beträgt 8 799 347 M. (gegen 7 861 070 M. im Vorjahre). Dagegen erforderten die Verwaltungskosten 1 167 018 M. (im Vorjahre 1 029 887 M.). Zinsen, Comto und Provisionen 585 708 M. (401 508 M.), Obligationen 305 940 M. (400 000 M.), Verluste auf Effekten 38 200 M. (22 501 M.). Verluste auf das Dortmunder Hochofenwerk 43 460 M. (6 M.), Abschreibungen 2 045 013 M. (2 208 432 M.) und 500 000 M. Rückstellungen für Bezugsverbindlichkeiten. Zur Deckung des sich hieraus ergebenden Fehlbedarfs von 430 000 M. ist der gleiche Betrag der eben genannten Rücklage für Bezugsverbindlichkeiten entnommen worden, die dann noch 70 000 M. enthält. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung (im Vorjahre 10 Proz. auf die Prioritätsaktien und 5 Proz. Dividende auf die Stammaktien).

Nach der Bilanz betragen Ende Juni ec. die gesamten Verbindlichkeiten rund 8 7 (8.1) Millionen, darunter 4,8 (i. B. 4) Millionen Bankschulden, gleichzeitig hat sich der Effektenbestand nach Belegung von 399 000 M. eigenen Obligationen und nach 43 000 M. Zahlung auf Scheckanweisungen, sowie nach Abrechnung von 66 Millionen Metallwaren-Anteilsscheinen von 1,3 Millionen auf 334 000 Mark ermäßigt. Die Debitoren betragen 3,56 (4.51) Millionen neben 102,500 M. (200,000 M.) Kasse und Wechsel. Fabrikate und Materialien sind mit 6,7 (8,7) Millionen bewertet. Die gesamten Rücklagen enthalten rund 3,5 (3,3) Millionen. Die Obligationen betragen 2 797 000 M. (10 000 000 M.). Die Verwaltungen stehen mit 33,08 (38,5) Millionen zu Buche.

Wirtschaftl. Wochenschrifts Konjunkturbericht. Für die ersten drei Quartale des laufenden Jahres berechnet sich nach vorläufiger Feststellung der Coalbasis auf 4 800 000 Tonnen gegen 5 204 688 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres, so daß der Rückgang für dieses Jahr Ende September nur noch etwa 400 000 Tonnen = 7,7 Proz. beträgt.

Die Baumwoll-Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika hat nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Census-Bureaus in Washington während der letzten 50 Jahre einen außerordentlichen Aufschwung genommen, und zwar sowohl in Hinsicht auf die Anzahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, wie in Bezug auf die Menge und den Wert der hergestellten Waren. Nach dem Census von 1850 besaßte sich der gesamte Produktionswert der Baumwollindustrie in den Vereinigten Staaten auf 61 869 184 Dollar; im folgenden Jahrzehnt hatte er sich beinahe verdoppelt, denn 1860 wurde er mit 115 681 774 Dollar ermittelt. Im Jahre 1870 erreichten die betreffenden Fabrikate einen Wert von 177 489 789 Dollar. Diese bedeutende Zunahme war indessen zum großen Teil auf die damalige abnorme Wertsteigerung zurückzuführen; doch scheint die Produktionszunahme in den folgenden zehn Jahren, in welchen der Rückgang der Preise auf ihren normalen Stand erfolgte, verhältnismäßig gering, denn 1880 ergab sich ein Gesamtwert von 192 000 110 Dollar; bis zum Jahre 1890 wuchs er jedoch wieder sehr bedeutend, nämlich auf 267 681 724 Dollar. Nach dem Census des Jahres 1900 betrug der Wert aller Baumwollfabrikate der Union 329 200 820 Dollar, demnach das Fünfeinhalbfache seiner Höhe vom Censusjahre 1850.

Besonders hat sich die Baumwoll-Industrie in den Südstaaten während des letzten Jahrzehnts entwickelt. Im Jahre 1900 weist der Census für die Südstaaten über 400 selbstständige Fabriken auf, mit hin 67 Proz. mehr als der Census von 1890. Die Zahl der vorhandenen Spindeln vermehrte sich während des Zeitraums von 1880 bis 1890 allein in den vier bedeutendsten Staaten der südlichen Baumwoll-Industrie, Nord- und Süd-Carolina, Georgia und Alabama um mehr als 180 Proz., nämlich von 422 807 auf 1 195 266 Stück. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 war die Steigerung in jenen vier Staaten noch größer; die Anzahl der Spindeln stieg auf 3 791 654 Stück, d. h. um 217 Proz. Die meisten der in dem letzten Jahrzehnt gebauten und in Betrieb gesetzten Baumwollfabriken im Süden stehen vollständig auf der Höhe der Zeit.

Sociales.

Städt. und Landeslieferung 1900.

Nach den neuesten Veröffentlichungen des Kaiserl. Statistischen Amtes ergab sich bei der Volkszählung im Jahre 1900, daß in den 3360 städtischen Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern, 20,6 Millionen oder 54,3 Proz. der Gesamtbevölkerung, in den 73 599 ländlichen Gemeinden 25,7 Millionen (45,7 Proz.) leben. Da im Jahre 1895 die städtische Bevölkerung 20,3 Millionen, die ländliche 26,0 Millionen betrug, hat sich inzwischen die ländliche um 288 416 oder 1,1 Proz. verringert zu Gunsten der städtischen Bevölkerung, deren Zahl um 4 375 683 oder 16,7 Proz. gewachsen ist. Ueber trotzdem bleibt agrarisch Trumf im Deutschen Reiche.

Die Bakterienkontrolle durch die Bäckerinnung. Die „Deutsche Wochenschrift“ ist in der Lage, folgende Benachrichtigung zu veröffentlichen:

Bäckerinnung zu Berlin.

Gelehrter Herr Kollege!

Die Bezirksbeauftragten werden sich gefälligst, Sie am 10. d. M., vormittags zu befehlen.

Geschäftlich

H. Schleich, Bevollmächtigter.

Die Benachrichtigung ist nach Angabe der „Bäckerinnung“ mit dem Volkskämpfer vom 9. versehen und gedruckt bis auf Datum und Unterschrift, so daß alle Teilnehmer in diesem Kontrollverband steigt. Die Behörde wird nicht unbillig kommen, nach dieser Probe der Frage näher zu treten, ob es berechtigt ist, die Kontrolle der Bäckerbetriebe der Innung zu übertragen.

Ein humaner Agrarier. Wie der „Märkischen Volksstimme“ aus Schöneberg berichtet wurde, hatte der Güterbesitzer Lieutenant Krull in Pichholz kürzlich aus irgend einem Grunde einen seiner Arbeiter mit Frau und vier Kindern einfach auf ein Stroh gelegt. Die Frau ist noch dazu an einem Unfall. Da sie an dem an- gestrichelten Tage erlitten hatte und so kannte die Familie mit der kranken Frau und ihrem elenden blühenden Gaudrat direkt am

Wege. In Pichholz ist Güterbesitzer und Dorfbesitzer getrennt. Aus diesem Grunde lehnte auch der Gemeindevorsteher es ab, der bedauernswerten Familie ein Obdach zu verschaffen und der diesbezüglich ersuchen Amtsbehörde Güterbesitzer Student in Lügen lehrte nicht nur sein Eingreifen ab, sondern drohte auch noch, den ausgeföhnten Arbeiter mit 30 M. bestrafen zu wollen, weil er obdachlos sei. Erst infolge des energischen Auftretens des Pichholzer Gendarmen besorgte sich der Güterbesitzer Skull dazu, den Leuten ein Notquartier in einer Schenke anzumeihen, weil der Beamte es nicht zugeh, daß die Leute einen allen Sozialist bezüehren sollten. Charakteristisch ist die Reaktion des Güterbesizers Krull, als er, auf die Mahnungen des Landrats hingewiesen, mit denen er eventuell durch sein Verhalten zu rechnen habe, meinte, „daß der Landrat ja mit sich reden lasse“!

In „Reinhold“ scheint dieser humane Herr Güterbesitzer demnach nicht zu leiden.

Die Verwendung ausländischer Lohnarbeiter bei staatlichen Arbeiten soll in Zahlen eingeschätzt werden. Bisher war es fast die Regel, daß die Unternehmer, welche Staatsbauten ausführen, viele oder gar ausschließlich köhntliche und italienische Arbeiter beschäftigten. Besonders bei Bahnbauten war das der Fall. Als deshalb die Verwendung von umfangreichen Lohnarbeitern bei Döbeln besorgte, ersuchte das dortige Gewerkschaftslokal den Rat der Stadt Döbeln unter Hinweis auf die bedeutende Zahl von heimischen Arbeitslosen, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die arbeitslosen Arbeiter in erster Reihe beschäftigt würden. Der Magistrat hat auch ein diesbezügliches Gesuch an das sächsische Finanzministerium gerichtet. Von der Eisenbahngewaltung ist darauf die Antwort erteilt worden, daß die Sanimpektion Döbeln II angewiesen worden ist, in Uebereinstimmung mit den in unserem Verwaltungsbereich befolgten Grundsätzen es den mit der Ausführung der fraglichen Arbeiten zu betrauten Bauunternehmern zur Pflicht zu machen, daß sie in erster Linie überzählige Arbeiter der Staatseisenbahngewaltung, die sich zu den in Frage kommenden Arbeiten eignen, so dann aber andere geeignete einheimische Arbeiter, die infolge Arbeitsmangel unbefähigt sind, und die sich bei ihnen um Arbeit bewerben, vorzugsweise verwenden und daß im übrigen deutsche Reichsangehörige vor Reichsausländern zu berücksichtigen sind, soweit dadurch Bauausführung und Bauvortrag nicht beeinträchtigt wird“.

Wohnungsfrage. Auf der ersten Hauptversammlung des deutschen Medizinbeamten-Vereins in München wurde am 16. September die Wohnungsfrage vom Standpunkte der Gesundheitspflege behandelt. Dazu stellte der Referent Med.-Rat Dr. Pfammüller unter andern folgende Leitsätze auf:

Der beamtete Arzt (Kreis-, Bezirks- usw. Arzt) soll in Gemeinschaft mit den Verwaltungsbehörden den Erlaß von Bau-Ordungen, die Ausarbeitung von Orts-Plänen und Orts-Plausatisten für jede Gemeinde anstreben und begünstigend dabei mitwirken.

Vor der Genehmigung von Gefuchen um Dispensation von Bauvorschriften ist der beamtete Arzt gutachtlich zu hören.

In Gemeinden mit über 5000 Einwohnern ist ein Wohnungsinspektor anzustellen, der nach Maßgabe seiner Dienststellung alle, insbesondere die Wohnungen der Kinderbetheilten, die Schlafstellen für Lehrlinge, Dienstmoten, die Massenquartiere und Herbergen besichtigt und in Verbindung mit dem beamteten Arzt dafür Sorge trägt, daß gesundheitliche Nachteile vermieden werden.

In Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern sind örtliche Gesundheits-Kommissionen entsprechend zu organisieren, um denselben Aufgaben zu genügen.

Zur Beurteilung der Wohnungen, Schlafstellen usw. dienen die durch Gesetz oder Polizeiverordnungen festzulegenden Mindestforderungen an Wohnungen, Schlafstätten, Herbergen usw.

In allen Fällen, in denen diesen Minimalforderungen nicht genügt ist, oder dem Wohnungsinspektor, bezw. dem betr. Gesundheits-Kommissionsmitglied gesundheitliche Bedenken entgegengetreten, ist das Gutachten des beamteten Arztes einzuholen.

Der beamtete Arzt residiert auch ohne solche direkte Requisitionen alljährlich mit dem Wohnungsinspektor oder der Gesundheitskommission eine Anzahl von Wohnungen.

Die Mitwirkung der praktischen Ärzte oder der Stadtkärzte kann bei der dauernden Beaufsichtigung der Wohnungen nicht entbehrt werden; der beamtete Arzt soll deshalb in Verkehr mit denselben sowie in den ärztlichen Vereinen Anregungen geben und selbst zu empfangen suchen.

Die städtische Schneiderwerkstätte in Bern, deren Errichtung bereits 1899 beschlossen wurde, ist nun endlich im Monat September eröffnet worden. Ihr Zweck ist die Bekämpfung der gesundheitsschädlichen Arbeitsräume der Heimarbeiter und der Werkstattgehilfen. Die Stadt Bern leistet jährlich 1200 Fr. zur Bezahlung der Miete und ferner 50 Proz. der Kosten der Einrichtung des Ateliers; für die übrigen Kosten hat die Schneidergewerkschaft aufzukommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Generalstreik der Kolkassier in Sicht.

In der gestrigen Versammlung der Kolkassier, Müsfärer und Bodensarbeiter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung spricht ihr Bedauern über das geringe Entgegenkommen der Betriebsleitung des Transport-Comptoirs Anhalter Bahnhof aus. Die Versammelten erklären nunmehr die Sache der Kollegen vom Anhalter Bahnhof vollständig zu der ihrigen zu machen und beschließen, um die Kollegen in ihren gerechten Kampfe zum Siege zu verhelfen, vor dem äußersten Mittel der allgemeinen Arbeitseinstellung nicht zurückzuföhren. Um jedoch nichts unberührt zu lassen, beauftragen die Versammelten die Kommission resp. Verbandseitung des Transport-Comptoirs A. B., sowie den Vorstand der vereinigten Speditoren zu eruchen, noch einmal Verhandlungen zwecks friedlicher Beilegung der Differenz herbeizuföhren. Die Versammelten erwarten bis spätestens Sonnabend, den 4. d. M., abends 6 Uhr, endgültigen Bescheid zu Händen des Obmanns der Kommission, Berner.

Die Intervention Roosevelt im amerikanischen Kohlenarbeiter-Streik.

Washington, 3. Oktober. In der heutigen Beratung im Weißen Hause über die Kohlennot nahmen fast alle vom Präsidenten Roosevelt dazu Geladenen teil. Der Präsident betonte, er erhebe nicht den Anspruch von Gesetzes- oder Amtsendegen zum Einschreiten berechtigt zu sein, aber er wende sich mit Anstand an die Vaterlandsliebe beider Parteien mit der Aufforderung, ihre Streitigkeiten zurückzustellen, ein Abkommen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit abzuschließen und dadurch das kaiserliche nationale Unglück, das die Kohlennot am Beginn des Winters mit sich bringe, abzuwenden. Der Präsident eruchte die Teilnehmer an der Beratung, um 3 Uhr nachmittags wieder im Weißen Hause zu erscheinen; er hoffe daß sie dann in der Lage sein würden, Vorschläge zu unterbreiten.

Stuttgart, 3. Oktober. (W. T. U.) Heute vormittag fanden starke Schneesfälle auf der Schwäbischen Alb und den benachbarten Höhen statt.

Paris, 3. Oktober. (W. T. U.) Ministerpräsident Combes forderte 22 Bischöfe, in deren Diözesen sich theologische Seminarien, sowie mit denselben zusammenhängende Mittelschulen befinden, mittels Rundschreibens auf, in diesen Anstalten keine Mitglieder des Lazaristenordens, sondern ausschließlich Weltgeistliche als Lehrer zu verwenden. Combes hebt in dem Rundschreiben hervor, daß die Lazaristen lediglich die Bewilligung haben, als Missionare im Auslande thätig zu sein.

New York, 3. Oktober. (W. T. U.) Die Regierung beschließt, gegen diejenigen Dampferlinien, welche mittellose rumänische Auswanderer befördern, strenge Maßregeln zu ergreifen.

Der Kongreß von Commeny.

Commeny, 27. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Vormittag tagten die verschiedenen Kommissionen. Eine Plenarsitzung des Kongresses fand dabei nicht statt.

In der Nachmittagsitzung kommt zunächst zur Verhandlung die Wahlakt.

Wahlakt.

Die Kommission Berichterstatter Bailand, der gemäßigteste Delegierter von Bourges schlägt zur Frage der Wahlakt drei Resolutionen vor:

I. In Erwägung, daß der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie ohne Unterscheidung der Fraktionen von der Partei liberaler und stets geführt werden muß; daß dieser Kampf, ausgehend auf das ganze Land in der Form der Wahlkämpfe, eines der Mittel der Agitation, der Anwerbung neuer Anhänger und der Organisation bildet, — beschließt die Sozialistische Partei Frankreichs:

Die Föderationen werden eingeladen, dafür zu sorgen, daß bei den allgemeinen Kommunalwahlen in allen Wahlkreisen die Doktrin und die Taktik der Partei betätigt wird. — Der Centralrat wird beauftragt, von nun an auf dem Wege der Organisation und in Übereinstimmung mit den Föderationen nach Mitteln zu suchen, alle nötigen Hilfsquellen an Menschen und Geld zu beschaffen, um die Ausdehnung des Wahlkampfes auf alle Wahlkreise Frankreichs zu vervollständigen und zu gutem Ende zu führen.

Der erste beschließt die Partei, Klassenkandidaten aufzustellen in allen im Laufe der gegenwärtigen Legislatur etwa vorkommenden Nachwahlen; jedoch sind von dieser Verpflichtung ausgenommen die Wahlkreise, wo eine Nachwahl infolge der Ungültigkeitserklärung eines Deputiertenmandats notwendig wäre.

Diese Resolution, die den Beschluß des vorjährigen quoddistischen Kongresses von Noubat wieder aufnimmt, wird debattiert und einstimmig angenommen.

II. Ueber die Haltung bei den Stichwahlen in der Hauptwahl geführt haben, wobei sie zum Besten der Interessen der Partei handeln werden.

Diese Resolution veranlaßte eine längere Debatte, da von mehreren Seiten eine vom Parteitag selbst zu beschließende einheitliche Stichwahl-Taktik gefordert wird oder doch die Entscheidung über dieselbe durch den Centralrat, nicht durch die einzelnen Föderationen. Die Seine-et-Oise-Föderation beantragt, in allen Stichwahlen, wo der Parteikandidat nicht ohne in Frage kommt, die Kandidatur einfach zurückzugeben, d. h. ohne sich für diesen oder jenen länderlichen Kandidaten auszusprechen.

Abg. Delors-Ville verteidigt den Kommissionsvorschlag: Eine einheitliche Taktik in allen Wahlkreisen sei unmöglich. Auch könne man nicht dem Centralrat die Entscheidung über 600 Fälle aufbürden. Die mit den lokalen Verhältnissen bekannten Föderationen seien dafür viel besser geeignet.

Außerdem beantragt die Resolution, die dazu führen könne, daß in einem Department die Partei zu Gunsten der Radikalen ihre Kandidaten zurückziehe, während im benachbarten Department aus Grund des Massenwunsches strikte Stimmhaltung proklamiert werde. Das müsse Verwirrung in den Köpfen der Wählermasse anrichten. Der Centralrat allein habe über die Stichwahl-Taktik zu entscheiden.

Chesquière-Ville warnt vor übermäßiger Centralisation: Weil wir keine Autokratie wären, dürfen wir deshalb doch nicht in das entgegengelegte Extrem des Centralismus verfallen. Der Centralrat könne nicht die Verantwortung übernehmen, wo es sich um verschiedene lokale Bedingungen handle. Dann könnte er in die Gemeindefälle schon materiell nicht eingreifen, da in diesem Falle die Stichwahlen schon acht Tage nach der Hauptwahl stattfinden. Seine Entscheidung würde zu spät kommen. Jede Föderation und Gruppe solle doch eine gewisse Initiative beibehalten. Weil wir nun eine vereinte Partei bekämen, solle der Centralrat doch was gleich über alle Fragen entscheiden können. Haben wir Vertrauen zu den Föderationen! (Beifall.)

Dubreuilh: Der Kommissionsvorschlag werde beiden Standpunkten gerecht. Die Föderationen würden sachlich entscheiden, aber die Kontrolle über die Föderationen gehöre doch dem Centralrat. Dieser hätte namentlich über Streitfälle, die Disziplin innerhalb der Föderationen beruhten, zu entscheiden. Der Centralrat würde auch die Föderationen in Übereinstimmung mit den Kongreß-Beschlüssen handeln.

Berichterstatter Bailand bemerkt gegenüber dem Hinweis auf widersprüchliche Beschlüsse verschiedener Föderationen, daß es noch ein arbeitsreicherer Widerstreit wäre, wenn ein und derselbe Centralrat mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der lokalen Situationen widersprüchliche Beschlüsse fassen müßte.

Groussier beantragt die Zusatzworte: „unter der Kontrolle des Centralrates“ (hätten die Föderationen über die Stichwahl-Taktik zu entscheiden).

Guesde bekräftigt diesen Zusatz, weil die Kontrolle des Centralrats ja verbannt sei.

Hierauf wird der Kommissionsvorschlag in unbedingter Fassung mit allen Stimmen gegen eine bei mehreren Enthaltungen votiert.

III. Niemand darf als Parteikandidat aufgestellt werden, wenn er nicht nachweisen kann, mindestens seit einem Jahre einer Organisation angehört zu haben.

Delors stellt nun folgenden Antrag: „Der Kongreß weicht den Wunsch (vooou) aus, daß dort, wo Parteigruppen mehr als ein Jahr existieren, dieselbe Regel (Jahresprüfung des Kandidaten) bei den Gemeindefällen befolgt werden müsse.“

Deverny-Ville belächelt den Antrag, weil er nicht streng genug, unter Hinweis auf einen Fall, wo als sozialistische Kandidaten geschätzte Gemeinderäte Mitglieder gleich in der ersten Sitzung des Gemeinderates der Partei den Rücken gelehrt haben.

Delors' Antrag wird hierauf angenommen.

Internationales Kongreß zu Kuschedam.

Abg. Conzans beantragt namens der Kommission folgende Resolution: Die Haltung der Delegierten der Sozialistischen Partei Frankreichs auf dem Amsterdamer Kongreß wird sich ausschließlich nach der Principienklärung der Partei zu richten haben.

Auf Chaumins Verlangen wird von Dubreuilh die Principienklärung verlesen, worauf die Resolution ohne Debatte einstimmig votiert wird.

Zu Mitgliedern des Exekutivkomitees werden einstimmig gewählt: Guesde, Chaubin, Deschamps, Dubreuilh, Groussier, Guesde, Lafargue, Roubat, Marchand, E. Kartin, J. Kartin, Prevost, Roland, Toussaint und Vaillant.

Vericht der Kammerfraktion.

An Stelle des Berichterstatters, Abg. Déjeante, der den Vorschlag verliest, verliest den Bericht Dubreuilh: Millerands Eintritt ins Ministerium Waldeck-Rousseau-Gaiffier hat binnen 24 Stunden zur Spaltung der alten Kammerfraktion geführt.

Die Kammerfraktion wurde wiederhergestellt. Das konnte aber nicht fortdauern. Die zwei Richtungen kamen in den Kammerabstimmungen immer wieder zur Geltung. So insbesondere gelegentlich der Debatte über die Regelung von Marziano und Echolon.

Die Kammerfraktion blieb in steter innerer Abhängigkeit mit dem Centralrat. In ihrem außerparlamentarischen Sekretär ernannte sie den Genossen Dubreuilh, den Sekretär des Centralrates für das Innere.

Einige Deputierte, die von der andern sozialistischen Fraktion sich getrennt hatten (Cornand, Codon, Baron, Veyer, Journer, Faurie und Lafalle) traten an die revolutionäre Fraktion mit dem Vorschlag heran, die Verschmelzung der beiden Fraktionen zu versuchen.

In der Debatte über die allgemeine Politik des Kabinetts Guesde entließen sich die 12 Fraktionäre Mitglieder bei der Abstimmung über die von Cédet, Gouze, Jaurès und Sarrasin eingebrachte Vertrauensformel.

In der Debatte über die allgemeine Politik des Kabinetts Guesde entließen sich die 12 Fraktionäre Mitglieder bei der Abstimmung über die von Cédet, Gouze, Jaurès und Sarrasin eingebrachte Vertrauensformel.

In der Debatte über die allgemeine Politik des Kabinetts Guesde entließen sich die 12 Fraktionäre Mitglieder bei der Abstimmung über die von Cédet, Gouze, Jaurès und Sarrasin eingebrachte Vertrauensformel.

In der Debatte über die allgemeine Politik des Kabinetts Guesde entließen sich die 12 Fraktionäre Mitglieder bei der Abstimmung über die von Cédet, Gouze, Jaurès und Sarrasin eingebrachte Vertrauensformel.

Grosje und unheilbar kranker Armen; Abschaffung der Verzehrssteuer auf Wein, Obst und Meth; Abschaffung der Arbeitslosen-Übungen; Kredit von 500 000 Franc für Gunst der Arbeiterlofen, d. i. der gleiche Betrag wie derjenige, der für Loubets Reise nach Petersburg ausgeworfen wurde.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Wir streben danach, die Partei und ihren Centralrat in Werken der Agitation und der Werbung von Anhängern zu fördern, jederzeit unsere Handlungen und Abstimmungen in Einklang mit den leitenden Principien der Partei zu setzen und dieselbe mit aller Energie beizusetzen in der Verwirklichung der Einigkeit aller revolutionär-sozialistischen Elemente Frankreichs.“

Der beschriebene aufgenommene Bericht wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Statutenänderung.

Dubreuilh erstattet den Kommissionsbericht über „Funktionieren und Aktion der revolutionär-sozialistischen Einigkeit“.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

In erster Linie kommt in Betracht die Aufhebung der provisorischen Bestimmungen der Statuten von Jura in Bezug auf die Zusammensetzung des Centralrats.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Die Kommission hat einstimmig eine Reihe Statutenänderungen votiert, die die Verschmelzung der Sonderorganisationen bezwecken.

Begründung schreiben aus dem Ausland her...
Die Frauen belohnen sein durch die nächste Fortsetzung...

Wahrheit erkennend erkennen die große Zahl der Arbeit...
Die Lage der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen...

erhalten (siehe S. 11) Nachrichten: Besondere Nähe des Bundesrats...
Todesanzeige: Allen Bekannten die trauernde Nachricht...

Aus der Frauenbewegung.

Bräuen und Jugendliche im Bergwerksbetriebe.
In preussischen Bergwerken haben in diesem Jahre neben 51 708 männlichen auch 9123 weibliche und 19 056 jugendliche Arbeiter...

Die Lage der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen.
Die Dresdener Ortsgruppe der Gesellschaft zur sozialen Reform hat zur Hilfe des evangelischen Arbeitervereins...

Todesanzeige: Anna Haier geb. Schmidt am 3 d. Mis., früh 6 Uhr, plötzlich am Herzschlage gestorben.
Hugo Haier, Schönleinstr. 6, 25815, früher Oberl. 68, die Beerdigung findet am Sonntag...

Vierte Berliner Reichstags-Wahlkreis Süd-Ost.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser treuer Kampfer, der Führer Wilhelm Fischer plötzlich gestorben ist.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweig, Berlin - Sektion d. Putzer.
Neues Klubhaus, 72, Kommandantenstr. 72. Achtung, Vereine!

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Nixdorf, Hermannstr. 197.

Verfassungen.

In Treptow-Saunischulenberg fand am 29. September eine Volksversammlung statt. Grauer-Lichtenberg hielt einen Vortrag über die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung.

Verammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen E. Wernitz über: "Kautsky und die soziale Revolution."

Konsumenten-Genossenschaft Berlin und Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Fortsetzung der 3. ordentlichen General-Versammlung. Mitgliedsbuch legitimiert; Mitglieder, welche nicht in dem Besitz ihres Mitgliedsbuches sind...

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefe (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erköst werden soll, und die letzte Abonnement-Nummer beizufügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Mer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 4. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyrenhaus, Der Weiser.
Schauspielhaus, Im bunten Hof.
Deutsches, Nora.
Berliner, Das Räthchen von Heilbronn.

Festung, Kaffwasser.
Weiden, Der Jägerbaron.
Neues, Ledige Leute.
Reizend, Seine Kammerzofe.
Thalia, Er und seine Schwester.
Central, Die ledige Frau.

Anfang 8 Uhr.
Schiller, O. (Waller-Theater).
Der Tartuff.
Schiller, N. (Friedrich Wilhelmshändisches Theater). Dr. Klaus.
Carl Weis, Gräfin Paraklita.

Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, Rag und Moritz.
Luisen, Berlin wie es weint und lacht.
Cassio, Corradini.
Kleines, Schiffschiff. Liebes-Träume. Kollegen.
Apollon, Kulltrata, Spezialitäten-Vorstellung.

Wintergarten, Spezialitäten.
Buntes Theater, Der ist schuldig.
Der Hund, Vunder Zell.
Metropol, Berlin bleibt Berlin.
Trianon, Die Liebesschaukel. (La Bascula.)

Wilhelm, Die Lieder des Musikanten.
Palast, Im Sattel der ersten Klasse.
Berliner in Steglitz.
Steidl, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sanger.

Vossage-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.
Urania, Taubenstr. 48/49. (Am Theaterplatz). Tausend Jahre deutscher Kultur.

Invalidenstrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.
Central-Theater.
Sonnabend, 4. Oktober, Anf. 7 1/2 Uhr.
(Abonnements-Billetts gültig):
Die ledige Frau.

Sonntagmorgens 3 Uhr: Die Geisha. (Mimosa: Mia Berber.)
Abends: Die ledige Frau. 5 Bönen für die Ledigen.
Vorstellungen sind je 5 Bönen zu halben Preisen täglich an der Kasse zu haben.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72-73.
Zum 50. Male:
Er und seine Schwester.
Guido Thielscher als Drucker-Diener.
Fritz Holmöring, Gorda Walde,
Herbert Paulmüller, August Reiff,
Norgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Sonntagmorgens 3 Uhr bei kleinen Preisen: "Der Pfarrer von Kirchfeld".
Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Volksstück mit Gesang von Berg.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 10-2 Rösse, Invaliden- u. Köpplerhaus.

Norgen nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen: Marie-Käse. Ein Weib aus dem Volke. Abends 8 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht. Montag: Robert und Victoria.
Casino-Theater
Lothringers-Strasse 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: "Der Herrgott" mit H. Müller und H. Kemig.
Anfang: Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung:
„Ein Sohn des Volkes.“
Sonntagmorgens 4 Uhr: Die Verkäuferin.

Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Zum 1. Male:
Die Lieder des Musikanten.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 12. Oktober: Erste Nachmittagsvorstellung (halbe Kassenspreise).
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Zum erstemal:
Gräfin Vassalis.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten,
7 Bildern mit reichlicher freier Benutzung des gleichnamigen Romans in der Berliner Morgenpost von Ernst Mittelfeld. Im Saal gefeiert von demselben. Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend: Gräfin Vassalis.
Sonntagmorgens 3 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame. Kl. Preise

Theater Marienbad
Badstr. 3/36, Gesundbrunnen.
Dir. R. Wagner.
Sonntag, 5. Oktober, abends 7 Uhr:
Wer ist der Rechte.
Schwank in 3 Akten von Müller.
Nachmittag 4 Uhr: Kindervorstellung.
Mrag und Moritz.
Ein Bühnenstück in 7 Bildern.
Entrée: Abendkasse 30, Nachmittags 3. Kindervork. 10, dafür ein Geschenk

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: Dieselbe Vorstellung.
Im Hörsaal um 8 Uhr: Vortrag des Dichters Pericles Diamant.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Passage-Theater.
Anfang nur Unter den Linden 22.
Aufgang: nur Unter den Linden 22.
Anfang: nur Unter den Linden 22.
Sonnabends 8 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Mellinis dunkles Geheimnis, Czita

die wunderbare Geigerin.
14 neue erste Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder,
dargestellt v. 6 jungen Damen
Kirchstele Berliner
Original-Schrammeln.

Buntes Theater

(Ueberrätell).
Anfang 8 Uhr. Säpenderstr. 68
Wer ist schuldig. Der Hund.
Wunder Zell. Leitung: O. Strauss.
Wiederauftreten TINY SENDERS.
Bozona Bradsky, Marcell Salzer.
Braden-Lesson.
Sonntagmorgens 3 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

Trianon-Theater.

Geographische, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Metropol-Theater.

Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas u. G. Josef Josephi.
Henry Reichner, Flora Siding,
Hansi Beichberg, Wini Grabitz.
Johanna Junker-Schatz.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.

Apollo-Theater.

Neues Spezialitäten-Programm.
Miss Ednaile, Elliotts.
Savonnas.
Die vier Australierinnen.
Damm Brothers, Neesters.
Kosmograph.
Zum 187. Male:
Lysistrata
Operette in 2 Akten von Paul Hindt.
Das Lustspiel "Grigolotto".
Carola, Steidl, Rieck,
Kettner, Krüchert, Lieban,
Perry, Rang.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater.

Badstr. 58.
Sonntag, den 5. Oktober 1902:
Jägerliebchen.
Gr. Volks- mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Leon Treptow

Stadt-Theater.

Alt-Moabit 47-49.
Sonntag den 5. Oktober 1902:
Steffen Langer von Glogau.
Lustspiel in 4 Akten v. Ch. Rich-Weiser.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sanger
Anfang: Sonntag
8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Nachmittags 11-1-1/2 Uhr.
Griegel, Grieta,
Swanson, Frau Schmid,
Gräfin Vassalis, Hoff,
Mamm, Volkmann u. c.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Sinakter-Abend.
Schiffbrüchiger, Liebes-Träume, Kollegen.
W. Noack's Theater.
Direktion Robert Ditt.
Brennenstrasse 16.
Größe Extra-Vorstellung:
Flotte Weiber.
Volle mit Gesang in 4 Akten von G. Treptow.
Nach der Vorstellung: Familienanzug.

Palast-Theater

früher Faen-Palast, Langstr. 22.
Das phänomenale Oktober.
8 1/2 Uhr Programm. 8 1/2 Uhr.
Im Wartesaal I. Klasse.
Saxon o. Wallach: Die 8 Winkler.
9 1/2 Uhr: Neu! 9 1/2 Uhr.
Berliner in Steglitz.
Mit Assiast-Burleske in Gef. u. Tanz.
Tanz durchs neue
Zahne- und Kautschuwaren.
Hos u. Mar mit ihrem Sessellandschaft
Benedetti, einzig dastehend Will u.
Rosita Sands, ganz neu Leichtiges
Blat, Damen-Ensemble 6 Pers.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

Cirkus Schumann

Karlsruherstrasse.
Cirkus Reuzgebäude.
Heute, Sonnabend, den 4. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Extra-Parade-Vorstellung.
Besonders gewähltes Programm.
Direktor Albert Schumanns
neueste Creationen:
**Das neueste Reiter Sport-
Spiel** geritten von 8 Herren auf
angesattelten Pferden.

25 Gerettete der Insel

Serpentin zu Pferd.
geritten von der jugendlichen
Schulreiterin Frl. Oora Schumanns.
Mons. Curto ausgezeichnet. Reiter.
Sonntag, 5. Oktober: 2 grosse
Vorstellungen. 4 Uhr: 1 Kind
frei, weitere Kinder halbe Preise.
Nachmittags für die Jugend besonders
gewähltes Programm, in
beiden Vorstellungen: Die 25 Geretteten
von Martinique.

Etablissement Bughenhagen

am Horitzplatz.
Heute Sonnabend:
Militär-Konzert!
Königin Augusta-Ges.-Reg. 4
(Secr. Przywarski).
Zum Kaiser-Zaal:
Norddeutsche Sanger
und Tanz.

Wintergarten

DUNCAN'S DANCE, Schöfherbe.
Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.
Elias de Vère, Soubrette.
LosFloridos, Spanische Tänzerinnen.
Die 2 Freydas, Professor Schärer.
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
Sisters Carey's dressierte Papageien.

Carl Maxstadt, Liane de Vries, Kara, Angèle Van Zoo.

Humorist.
Pariser Soubrette.
Moister-Jongleur.
Sängerin v. kgl. Theat., Brüssel.
Tänzerin von der Gr. Oper l. Paris.
Cleó de Mérode
„Biograph“.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Tartuff.
Lustspiel von Molière. Real überseht
von Ludwig Fuld.
Drama
Der Arzt wider Willen.
Schwank von Molière. Deutsch von
H. G. Vörling.
Sonntagmorgens 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der Tartuff.
Molière. Der Arzt wider Willen.
Montagabends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Cirkus Busch

Bahnhof Börse.
Eröffnungs-Gala-Abend
Sonnabend der 4. Oktober cr. abends 7 1/2 Uhr
Sonntag den 5. Oktober 1902
Zwei grosse Vorstellungen
Nachmittags 4 Uhr
Abends 7 1/2 Uhr.
Ab Donnerstag den 3. Oktober cr. Kasseneröffnung
Paul Busch, kgligl. Preuss. Kommissionsrat

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Oeffentliche Klavierarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung. Die Einführung der Teilarbeit in Berliner Piano-Fabriken und deren Einfluss auf die Lage der Arbeiter.
Besonders eingeladen sind die Kollegen der Firmen Lehmann, Königsbergerstraße 3, Manthen, Reichenbergerstraße 125, Anade u. Idal. Dieffenbachstraße 36, Kieder u. Co., Alexanderhof, Altingmann, Köpenickerstraße, und Schulz, Blumenstraße 70.
Zur Beachtung! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, dass sämtliche Berufsgenossen durch Erscheinen ihr Interesse an der Sache bekunden.
Die Agitationskommission des Fachvereins.

Achtung Klauer!

Wie bekannt, vermindert sich mit Anfang der ersten vollen Woche im Oktober die tägliche Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden. Die günstigen Arbeitsbedingungen schreiben vor, dass früh 1/8 Uhr die Arbeit begonnen wird und abends 1 1/2 Uhr endet, unter Zurechnung einer halbstündigen Frühstück- und einstündigen Mittagspause.
Ein Antrag von uns, eine halbseitige Beisperrung für den Monat Oktober einzuführen, wurde auch der Zustimmung von einer dementsprechenden Aenderung einverstanden erklären. Da letztere unseren Antrag abgelehnt haben, so ist eine Einigung in der Aetzehner-Kommission nicht erzielt worden. Wir erlauben uns unsere Kollegen dringend darum, in Anbetracht der augenblicklichen Arbeitslosigkeit eines beträchtlichen Teiles unserer Kollegen, auf jeden Fall für den Monat Oktober die 8 1/2stündige Arbeitszeit innezuhalten.

Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Aetzehner-Kommission.

143 6 J. A. Karl Panzer.

Steidl-Theater.

Unter den Linden 132
am
Oranienburger-
Thor -
Täglich
honorirt.
Entrée:
Studenten Lust u. Leid
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Vorverkauf 11-1/2 Uhr.
Sonntag u. Donnerstag im Reital
Langfränken.

Sanssouci

Kottbuser Str. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sanger**
Nach jeder Vorstellung
Tanzkränzchen.
Entrée: Sonntags 50 Pf.,
Sperre 75 Pf., ab 9 Uhr
30 Pf., Bechtings 30 Pf.,
Sperre 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauerbrücke 5.
Größtes Vergnügungstokal
Berlins.
Internationale Konzerte
von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Reiner von 12-2 Uhr.

Alles ab Platz.

Wer Stellen braucht, kaufe bei
**Josef Fischer, Rohlen-Groß-
handlung,** Hauptgeschäft: Brun-
nenbergstraße 10. Zweiggeschäft:
Mitte Köpenickerstrasse, 132012.
100 Stck. Seifens. Biquets nur 0,90
100 Stck. Seifens. Biquets nur 0,95
1 Utr. oberfein. Seifens. 1,05 u. 1,25
1 Utr. Bruchstein nur 0,70
40 Handwagen, hergen pro Stck. 0,10
Prinzen-
Str. 41.

Dr. Simmel,

Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.
Seine Wohnung befindet sich jetzt
Schöneberg, Othlonstr. 28.
Emil Rosenow.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber, derart, dass die Wahl derselben in Abteilungen erfolgt. Es bilden die Mitglieder jeder Klasse je eine Abteilung.
In diesen Abteilungen haben die Kassennmitglieder die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, während die zu Beiräten verpflichteten Arbeiter auch Geschäfterführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.
Für 1902/1903 sind zu wählen:
in der I. Klasse 219 Vertreter,
" II 65
" III 63
" IV 63
von den Arbeitgebern 197

Die Wahl der Vertreter der Kassennmitglieder findet am
Sonntag, den 19. Oktober cr.
im
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15
statt und zwar

im grossen Saal
für die Mitglieder der ersten Klasse:
Vormittags präcise 10-11 Uhr (um 11 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
für die Mitglieder der vierten Klasse:
Vormittags 11 1/2-12 Uhr (um 12 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
im Saal V
für die Mitglieder der zweiten Klasse:
Vormittags präcise 10-11 Uhr (um 11 Uhr wird der Wahlakt geschlossen),
für die Mitglieder der dritten Klasse:
Vormittags 11 1/2-12 Uhr (um 12 Uhr wird der Wahlakt geschlossen).

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung in sämtlichen Klassen hierdurch ergebenst ein.
Wahlberechtigt und wahlbar sind nur diejenigen Kassennmitglieder, welche grossjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Zur Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, dasselbe quitiert den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhandigen.
Ohne Quittungsbuch ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen in ungeteilter Wahlversammlung am
Mittwoch, den 22. Oktober cr.,
abends 8 Uhr,
im Restaurant Feuerstein (Gartensaal), Alte Jakobstrasse 75,
und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.
Berlin, den 29. September 1902.
275/9

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse für das Buchdruck-Gewerbe zu Berlin.
Johannes Bletz, Vorsitzender. Otto Wonitzki, Schriftführer.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 5. Oktober, nachm. 5 Uhr, bei B. Franke, Zebaisanstrasse 39:
100/1

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die stellt sich die Zahlstelle Berlin zu einer eventuellen Aenderung (bezug zu einem Antrag zum Verbandsstatut) der vom Verbandsstatut abzuweichen, jedoch für die Mitglieder der Zahlstelle Berlin zur Zeit noch zu Recht bestehenden Paragraphen des Ortsstatuts - Aufnahme neuer Mitglieder. Die Verhandlung wird bestimmt um 5 Uhr eröffnet, und eine rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sahne, Milch

In plombierten Flaschen liefert in alle Stadttheile
Meierei und Milchkuranstalt
Schweizerhof
Inh. Aug. Zeitner, Berlin NW., Emdenerstr. 40-41
Preise pro 1 Ltr.:
Vollmilch 20, Kindermilch 30, 35, Kefyr 40, Buttermilch 12,
Feinste Tafelbutter 1,20 bis 1,40,
Prof. Gaertner's trinkfertige Säuglingsmilch.
Versand nach ganz Deutschland.

Extra billige Preise

für Braut-Ausstattungen



Jetzt nur Mk. 2.95

- Hemdentuche in Resten, die etwas unsauber sind, in derb. Gewebe, jetzt p. Rest 12 Pf.
- Handtücher in Resten, Dreilgewebe jetzt Stück 5 Pf.
- Louisianatuch, passend für Bett- und Leibwäsche, 50 cm breit, feinmäßig jetzt Mtr. 24 Pf.
- Bettdamast in schönen Mustern, passend zu Neglige und Bettwäsche, jetzt Mtr. 25 Pf.
- Bettdamast, 180 cm breit, volle Bettbreite, in Streifen u. schönen Blumenmustern jetzt Mtr. 63 Pf.
- Inlet, 80 cm breit, in glatt roth u. rosaroth, gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 29 Pf.
- Inlet, 130 cm, volle Bettbreite, glatt roth u. rosaroth gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 55 Pf.
- Bettzeug in verschiedenen Mustern jetzt Mtr. 19 Pf.

- Damen-Hemden aus derbem Haustuch mit Spitze garnirt, die etwas unsauber sind 54 Pf.
- Damen-Hemden mit elegant gestickter Pass, aus gutem Hemdentuch, jetzt 98 Pf.
- Nachtjacken aus gutem Farcend, mit Spitze besetzt, etwas unsauber jetzt 48 Pf.
- Beinkleider aus weissem Cöper-Farcend mit gestickter Languette 78 Pf.
- Unterröcke aus weissem Farcend mit gestickter Languette 98 Pf.
- Herren-Hemden aus gutem Hemdentuch, sauber gearbeitet 95 Pf.
- Bettlaken aus gutem Stoff, volle Breite und richtige Länge 83 Pf.
- Farcend, Rest, weisse und farbige, 2-6 m lang, die etwas nass gewesen sind, jetzt Mtr. 19 Pf.

Sonntag geöffnet von 7-10 und 12-2.

zum Umzuge

Alle Tage bis 9 Uhr abends geöffnet.

- Tüllgardinen, schöne Blumenmuster, auf beiden Seiten mit Hand eingefasst, in weiss und crème, jetzt Meter 19 Pf.
- Tüllgardinen, ohne Applikat, wunderbare Juwelenmuster in weiss und crème, jetzt Meter 29 Pf.
- Stores, moderne Muster in verschiedenen Breiten, weiss und crème, jetzt Stück 85 Pf.
- Tüll-Bettdecken, in weiss u. crème, welches Gewebe, elegante neue Muster, jetzt 2,25
- Tischdecken mit Schnur und Quaste, bordeaux und grün, jetzt 1,25
- Plüschdecken in bordeaux und grün mit persischen Bordüren, jetzt 4,90
- Chaiselongue-Decken, circa 3 Meter lang, jetzt 4,75
- Gobelin-Tischdecken, in geknüpft. Franz. in bord. u. grün, jetzt 2,50

- Teppiche, Axminster-Gewebe mit unbedeutenden Fehlern, jetzt 4,50
- Teppiche, Salon-Grösse, in eleganten persischen Mustern, jetzt 9,75
- Steppdecken, bordeaux, grün, hellblau mit kleinen Fehlern, jetzt 2,90
- Portièren, türkische, elegante Muster, mit feiner Bordüre, jetzt Meter 19 Pf.
- Schlafdecken, sehr mollig und recht gross, jetzt 68 Pf.
- Läuferstoffe in schönen Streifen, in Resten von 1-3 Mtr. 15 Pf.
- Möbelstoffe, 130 cm breit, in Resten bis 5 Mtr schöne Blumen-Muster, jetzt Mtr. 78 Pf.
- Satin-Steppdecken, Handarbeit mit prima Füllung, in bordeaux, grün, hellblau 5,90



Jetzt nur Mk. 2.25



Jetzt nur Mk. 5.75

für Kleiderstoffe und Tricotagen.

- Hauskleiderstoffe, derbes Gewebe, in schönen dunklen Farben, jetzt Mtr. 18 Pf.
- Blusenstoffe in 303 verschiedenen Mustern, sehr haltbare Qualität, jetzt Mtr. 19 Pf.
- Schwarze Stoffe, doppeltbreit, in glatt und gemustert Alpacca, Cheviot und Crèpe, jetzt Mtr. 48 Pf.
- Farbige Stoffe, Homespun, 120 cm breit, in allen Farben, pass. für Costumes u. Strassenkleid, jetzt Mtr. 68 Pf.
- Seidenstoffe in verschiedenen Mustern u. Farben, haltbare Qualität, jetzt Mtr. 47 Pf.
- Seidenstoffe in schwarz, glatt und modernen Blumenmustern, jetzt Mtr. 1,25
- Seidenstoffe in weiss u. farbig mit wunderbaren Blumenmustern, jetzt Mtr. 75 Pf.
- Unterrockstoffe, eingetheilt in Reste, zum Ausschneiden durchschnitten, jed. Rest 95 Pf.

- Normal-Hemden mit doppelter Brust, sehr lang, jetzt nur 68 Pf.
- Normal-Hosen mit Satin-Gürtel in verschiedenen Grössen, jetzt Paar 73 Pf.
- Kinder-Strümpfe schwarz, extra lang, jetzt Paar 19 Pf.
- Herren-Socken in schwerer Winterwaare, jetzt Paar 23 Pf.
- Corsets, neueste Façon, derb Dreil-Gewebe, jetzt 68 Pf.
- Farcend-Damen-Beinkleider mit Languette in allen Farben, jetzt 68 Pf.
- Farcend-Damen-Unterröcke mit Languette in allen Farben, jetzt 85 Pf.
- Pelz-Colliers mit Kopf und Schwellen neuester Façon, jetzt 98 Pf.



Jetzt nur Mk. 4.95

Waarenhaus P. Elend, Reinickendorferstr. 8a.

Ecke Gerichtstr. Fahrgeld für Strassenbahn wird vergütet. am Bahnhof Wedding.

Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen.

14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie

Mit beliebigem Namen in Goldschrift beschriftet 10 Pf. mehr.



Mehr wie ein Stück versenden nur gegen Nachnahme. - Bitte genau auf unsere Firma zu achten.

Bestes Fabrikverandhaus am Platze, gegründet 1876.

Wir haben mit Herrn Kallmeyer No. 64, genau wie Zeichnung, aus Silberblech, fein behälterlos, fertig zum Gebrauche, mit haltbarer Qualität überzogen, kann, behälter verdrängt, in 10 Sekunden einstecken. - Bitte aufgetragene Nummer Ihres Kataloges nicht zu verwechseln. Es verlangt man nur den Hauptkatalog für das Jahr 1902 ganz umsonst und versendet ohne Kaufmann. Letzliche enthält große Auswahl in Rasirmessern, Rasierklingen, Daarwalzmaschinen, Zahnen, Tafelmessern und Gabeln, Taschenmesser, Brod-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Witzmesser, Messer, Messer u. Oelmesser, Fischeisen, Ringen, Vorwärmelöffel, Pfeifen, Spezialmesser, Feinmesser, Feldmesser, Schuh- und Tischmesser, Musikinstrumenten und sonstigen Schmied- und Handhaltungswerkzeuge u. c.

Von zugeführtem Rasirmesser wurden von uns circa 40,000 Stück in kurzer Zeit versandt.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gelingens nur 1 Mfr. 50 Pf., außer Versch. kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erkauflich billigen Preisen. Uhren-Reparatur, 900 Stk., 1 1/2 Dukaten 15.50, 2 Dukaten 20.50. Für sämtliche Sachen schriftliche Garantie. Eist Rathenower Strassen, Plauenstr., Oppengässer.

T. STOLZ, Chausseest. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Saal mit Bühne

im Schweizer Garten für die Bodentage an Vereine zu vergeben

Zum Umzuge sind die Preise auf sämtliche Waren ganz bedeutend ermässigt.

Teppichhaus Adler & Co.,

Inhaber: Julius Blumenfeld. Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.



Dieser schwarze stoffe Hut mit Fatter kostet 2 Mark.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1.75 Mark, mit Atlasfutter 2 Mark.

Oscar Arnold Grösstes Specialgeschäft Engros. für Hüte, Mützen u. Pelzwaaren Export. nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden).

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.



Lederer & Kreinberg

Streich-Instrumenten-Fabrik Marknenkirchen No. 413 offerirt billigst direkt ab Fabrik

Konzert-Zieh-Harmonikas

garantiert grösste Tonfülle, solideste Arbeit.

10 Tast. 2chör., 2 Reg., 50 St., à Mk. 5.-	21 Tast., 108 St. Mk. 11.-, 21.-
10 " 3 " 3 " 70 " " 7.50	27.- etc. - Schule u. Kieta
10 " 4 " 4 " 90 " " 9.50	gratis, andre Harmonikas
10 " 6 " 6 " 150 " " 15.-	schon v. Mk. 1.50 p. St. an

Violinen mit Bogen u. Kasten u. Reservebezug etc. komplett No. 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 zu Mark 8.- 11.- 14.- 16.- 20.- 25.- 30.- 38.- 42.- 50.-

Mund-Harmonikas solidester Qualität No. 2705 2710 2712 2714 2715 2718 2719 2716 2719b 2725 p. Stück zu -30 -50 -85 1.- 1.- 1.20 1.30 2.- 2.50 3.50 M.

Dr. Schünemann, A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Schönheitsbierstr. 5. Arbeiter-Verteilschloß. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Krankenkassen und Ärzte.

Nachdem es nun auch Herr Dr. Freudenberg für notwendig befunden hat, die Einrichtungen der Orts-Krankenkasse der Gaitwirts...

Herr Dr. Freudenberg vergleicht unsere Kasse mit der Stadtgemeinde Berlin. Dieser Vergleich ist doch mehr als hinfällig und beweist gar nichts. Es könnte ebenso gut gesagt werden, weil diese oder jene Kasse mit nur 3000 Mitgliedern, welche die freie Arztwahl eingeführt, 1400 Ärzte zur Verfügung hat, müssen für die Gaitwirte mit 18 000 Mitgliedern sechsmal so viel, also 8400 Ärzte tätigt sein.

Was nun die specialistische Behandlung anbetrifft, so ist es richtig, daß diese für unsere Mitglieder bisher eine unangenehme war, aber wir können unmöglich glauben, daß sie deshalb schlechter als andere Krankenkassen behandelt werden sind.

Unsere Verfassung, die wir auch klar bewiesen haben, daß die Kasse gegenwärtig nicht mehr leisten kann und schließlich bezugl. des Arzthonorars dem Durchschnittsmaß anderer Kassen mindestens gleichkommt, verfaßt Herr Dr. Freudenberg auf eine sonderbare Weise zu widerlegen. Er sagt: Leider — dieses leider ist charakteristisch — kann eine Beitragserhöhung der Gaitwirte die Erhaltung noch nicht kosten, denn die Schließung der Kasse könnte erst verfaßt werden, wenn die Beitragshöhe 4,5 Proz. erreicht hat.

Die Berechnung, die wir im ersten Artikel in Bezug auf das Arzthonorar aufgestellt haben, ist vollständig zurechtend und wir wollen bereits Gesagtes nicht wiederholen. Es wurde von uns ja ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Berechnung nur bis zum Jahre 1900 erstreckt, und zwar deshalb, weil einwandfreies Material für spätere Zeit noch nicht zur Verfügung stand.

nur daraus resultiert, daß erstens ein großer Teil der besser situierten Mitglieder auf eigene Kosten einen Privatarzt in Anspruch nimmt, weil sich unter den 20 Bezirken kein Arzt ihres Vertrauens befindet, es zweitens weil die Spezialärzte keine Bezahlung erhalten. Es ist allerdings richtig, daß bei der Berechnung die Tätigkeit der Spezialärzte nicht in Betracht gezogen worden ist.

Nun noch eins, und damit lassen wir die Diskussion schließen zu können: Auch Herr Dr. Freudenberg versucht, einen Gegensatz zwischen Vorstand und Mitgliedern zu konstruieren. Bei der Gaitwirte-Kasse, und das ist unser Wissen auch bei den meisten andern Kassen der Fall, besteht eine so innige Verbindung zwischen dem Vorstand und den interessierten Krankenkassenmitgliedern, daß alle derartigen Versuche scheitern müssen.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Gaitwirte und verwandten Gewerbe.

Dr. Alfred Bernstein sendet uns gleichfalls noch eine längere Erklärung, deren Abdruck sich jedoch durch das Vorstehende in der Hauptsache erledigt. Mit seinem Einverständnis sei deshalb hier nur noch der Schlusssatz seiner Zuschrift abgedruckt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 3. Oktober 1902.

Der Aufsehung, mit der in den letzten Wochen die stetigen Vorkrisen die Vorgänge auf dem amerikanischen Geldmarkt beobachtet, ist eine gewisse Abspannung gefolgt. In ihrer Ungewissheit darüber, wie sich die Lage drüben weiter gestalten wird, hat sich die Spekulation aufs Abwarten verlegt und hält sich ängstlich von der Eingehung neuer Engagements zurück.

Wie bei der nahen Verbindung der letzten amerikanischen Regierung mit der Hochfinanz zu erwarten war und deshalb schon vor ungefähr 14 Tagen im „Wochenbericht“ als sicher bezeichnet wurde, hat nun doch, nachdem die in letzter Zeit vom Schatzamt unternommenen kleinen Versuche, die Geldmarktfrage zu erleichtern, sich als wenig wirkungsvoll erwiesen haben, der amerikanische Schatzsekretär sich zu größeren Maßnahmen begeben.

Die Verfassung hat vielfach Bedenken erregt, selbst in New York, obgleich die dortige Finanzpresse bisher nach dem Grundsatz, daß nur Lumpen beschaffen sind, übermäßig nach Zuführung von Staatsmitteln an die Banken gekickten hat. Eine Ausnahme stellt die Maßregel allerdings dar; denn bisher wurde stets von den amerikanischen Schatzsekretären darauf gehalten, daß für die aus dem Schatzamt gewährten Depositen Sicherheit durch Einlieferung von Regierungsbonds geleistet werde.

werden, und wenn andererseits dem Staatsfiskus nach Abzug der gesetzlichen Zedung für die ausgegebenen Goldcertifikate und Greenbacks noch für besondere Eventualitäten eine genügende Geldreserve zur Verfügung bleibt.

Eine andre Frage ist, ob die vom Schatzsekretär ergriffenen Maßnahmen, wenn sie auch vorläufig die Geldverknappung etwas lindern, der Marktlage dauernde Erleichterung zu schaffen vermögen. Thatsächlich handelt es sich in der Hauptsache nicht darum, daß die Union zu wenig Umlaufmittel besitzt; die Ursache der jetzigen Geldknappung liegt vielmehr darin, daß die spekulative Ueberanpannung während der letzten beiden Jahre das Verlangen nach flüssigem Kapital in einem Maße gesteigert hat, daß der Zuwachs vom Begehr weit überholt worden und zwischen der Nachfrage und dem Angebot von Kapital ein Mißverhältnis entstanden ist, das sich infolge des anhaltenden Gründungsfiebers immer gefährlicher zu gestalten droht.

Adem ist es aber nicht nur der amerikanische Geldmarkt, der allerlei beunruhigende Symptome zeigt, auch auf dem Warenmarkte der Union macht sich eine zunehmende Abschwächung der bisherigen Hochkonjunktur bemerkbar. Der Rohseifenmarkt weist allerdings noch immer einen recht flotten Geschäftsgang auf. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Höfen belief sich Mitte vorigen Monats auf 301 und ihre wöchentliche Leistungsfähigkeit auf etwas über 335 000 Tonnen gegen 299 800 Tonnen im September vorigen Jahres.

Der Streit darüber, ob die Cunard-Linie sich dem Morganschen Schiffahrtstrust anschließen werde oder nicht, ist nun entschieden. Die Cunard-Linie bietet selbständig und teilt mit dem Trust in Konkurrenz. Aber dieses Resultat hat die englische Regierung nur dadurch erreicht, daß sie der Cunard-Linie die Mittel zum Bau zweier Riesenschiffe auf 20 Jahre zum Zinsfuß von 2 1/2 Proz. zur Verfügung stellt und ihr außerdem eine jährliche Subvention von 150 000 Pfund Sterling, also von über 3 Millionen Mark zahlt.

Nehmen wir die Kosten der beiden Schnelldamper sehr hoch an, nämlich auf 20 Millionen Mark für jedes Schiff, d. h. auf 7 1/2 Mill. Mark mehr als der Schnelldamper „Deutschland“ gekostet hat, so hat die Gesellschaft im ersten Jahre 40 Millionen Mark mit 2 1/2 Proz. zu verzinsen, woraus ihr eine Ausgabe von 1 100 000 Mk. erwächst. Von der Subvention von 3 Millionen Mark verbleiben ihr also noch 1 900 000 Mk., die sie auf den „vorgeschossenen“ Betrag abzahlen kann.

Wie die englische Regierung eine derartige Bevorzugung einzelner Schiffahrtsgesellschaften, wie sie in dem abgehandelten Vertrag liegt, den übrigen Reedereien gegenüber verantworten will, ist ihre Sache. Uns interessiert nur die geradezu revolutionäre Wirkung, welche die von ihr inaugurierte, in ihrer Maßlosigkeit ohne Beispiel in der Geschichte der modernen Schiffahrt daselbstende Subventionspolitik auf die ganze künstliche Entfaltung der nordatlantischen Passagierschiffahrt ausüben muß.

Die Regierungen anderer Länder werden nicht umhin können, im nationalen Interesse dem Beispiele Englands zu folgen, und so wird sich der Welt bald das unerwünschte Schauspiel bieten, daß über die Suprematie auf dem Nordatlantischen nicht mehr die geschäftliche Tätigkeit der Reederei, sondern die Höhe der Summen entscheidet, welche die Regierungen für die Erreichung dieses Zweckes aus Staatsmitteln aufzubringen gewillt sind.

Mag bei diesem Urteil auch der Kerger über die Konkurrenz der Cunard-Linie missprechen, so ist doch die Folgerung leider nur allzu richtig. England wird anderen bedrängten Linien kaum entgegenkommen können, was es der Cunard-Linie gewährt. Und andre Staaten: die nordamerikanische Republik, Frankreich, Deutschland, Holland werden mit Gegenmaßnahmen, d. h. mit ähnlichen Subventionierungen folgen. Das Ende ist ein erbitterter Konkurrenzkampf der verschiedenen subventionierten Dampferlinien nicht nur im nordatlantischen Verkehr, sondern auch in andern Meeresstellen — auf Kosten der Steuerzahler. Das ist die erste der verheerenden, fegenden Wirkungen des Morganschen Schiffahrtstrusts.

Lokales.

Wohnungsnot und Armenetat.

Ueber die Befastung des Armenetats durch den Mangel an kleinen Wohnungen und die Hand damit gehende Steigerung der Mieten entnehmen wir den amtlichen Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung einige interessante Daten die, wenn auch naturgemäß hierbei nur die Charlottenburger Verhältnisse berücksichtigt sind, doch auch auf andere Gemeinden sinngemäß Anwendung finden dürften.

Die Wohnungsnot hat die Tätigkeit der Armenverwaltung nach verschiedenen Richtungen berührt. Sie hat die obdachlos gewordenen unterzubringen geholt; sie ist vielfach gezwungen gewesen, mit den Hauswirten zu unterhandeln, um eine Zwangsauflösung abzuwickeln, und erhebliche Geldbeträge zu diesem Zweck aufzuwenden; die Steigerung der Mietpreise hat sie weiter gezwungen, bei zahlreichen laufend unterstützten Personen eine Erhöhung der Unterstützung eintreten zu lassen. Die Steigerung hat zahlreiche Personen, die bisher ohne Armenunterstützung auskommen waren, genötigt, die Hilfe der Armenverwaltung anzunehmen, die ihnen bei größerer Kinderzahl auch bei regelmäßigem Arbeitsverdienst oft nicht verfaßt werden konnte; dazu traten nicht selten Fälle wo gelegentlich nicht alimentationspflichtige Schwiegerkinder sich außer Stande erklärten, bei der eingetretenen Mietssteigerung die bisher ernährten Schwiegereltern weiter kostenlos bei sich zu behalten, so daß diese eine laufende Unterstützung bewilligt werden mußte. Dazu kommt die erhöhte Forderung nach ärztlicher Hilfe infolge der Wohnungsnot und die Notwendigkeit, infolge der Verhältnisse aus dem Wohnungsmarkt Kinder in städtische Kostpflegen zu nehmen.

Die Obdachlosigkeit hat einen solchen Umfang angenommen, daß, obwohl sich die Verhältnisse jetzt etwas gebessert haben und der Höhepunkt überschritten zu sein scheint, sich trotzdem in den Charlottenburger Unterkunftsstätten noch annähernd so viel Obdachlose befinden als in dem zehnmal größeren Berlin. — Zur Beschaffung eines neuen Unterkommens sind in dem abgelaufenen Rechnungsjahre von den Armenkommissionen in 66 Fällen zusammen 1147 M., zur Abwendung der Ermessen in 320 Fällen zusammen 9346 M. bewilligt worden. Inwieweit daneben durch die Vermittlung der Organe der Armenpflege ohne ausdrückliche Bewilligungen Ermessen verhindert sind, entzieht sich der Schätzung. Das es geschehen ist, steht außer Zweifel. In dem laufenden Rechnungsjahre haben in der Zeit vom 1. April bis 25. August bereits in 44 Fällen 1090 M. zur Beschaffung eines neuen Unterkommens und in 113 Fällen 2902 M. zur Vermeidung der Ermessen bewilligt werden müssen. Der bisherige Zustand dauert also unverändert fort.

Diese Befastung des Armenetats wird, abgesehen von der wirtschaftlichen Krise, dadurch erklärlich, daß die Zahl der kleinen Wohnungen nur ganz unmerklich zunimmt. Die ärmere Bevölkerung ist in der Hauptsache auf die Benutzung von Ein-Zimmer-Wohnungen angewiesen; der Zuwachs an solchen Wohnungen betrug aber in Charlottenburg im Jahre 1901 nur 0,82 Proz., der Vorrat an leerstehenden Wohnungen belief sich im Mai 1902 sogar nur auf 0,1 Proz. Und dabei darf zur richtigen Würdigung der Zahl der leerstehenden Wohnungen auch der Umstand nicht außer acht gelassen werden, daß — wie mehrfach festgestellt werden konnte — infolge des Fehlens kleiner Wohnungen Räume als Wohnungen vermietet sind, die an sich nicht als Wohnräume zu bezeichnen sind würden. Auf wie hoch sich die Gebaltsbelastung des Armenetats durch die aus Anlaß der Zustände auf dem Wohnungsmarkt notwendig gewordenen Maßnahmen stellt, läßt sich nur schätzen. Die Annahme einer dadurch herbeigeführten Steigerung der Ausgaben um etwa 100 000 M. jährlich dürfte hinter der Wirklichkeit noch zurückbleiben.

Angesichts dieser amtlich ermittelten Ziffern nimmt es sich schon mehr als sonderbar aus, wenn in den letzten Tagen durch die bürgerliche Presse die Nachricht verbreitet wird, die Wohnungsnot in den Berliner Vororten sei geschwunden, es herrsche sogar ein Ueberfluß an kleinen Wohnungen.

Die Befastung des Stadtrats Kaufmann findet nach den bisherigen Bestimmungen am nächsten Sonntag, mittags 12 1/2 Uhr, von der Reichshalle der Luisenkirche am Friesenbrunnener Weg in Wehfeld aus statt.

Aus der Magistrats-Sitzung. Nach Eröffnung der Sitzung widmete Oberbürgermeister Ritzecker, während die Mitglieder des Kollegiums sich von ihren Sitzen erhoben, dem verstorbenen Stadtrat Gustav Kaufmann einen ehrenden Nachruf. — Auf Antrag der Sanitäts- u. Deputation hat der Magistrat beschlossen, zur besseren Arrondierung der städtischen Riefelfelder im Norden der Stadt Teile der Feldmark in Schönow und das Gut Schneydorf, zusammen 722 Hektar, für den Preis von 1524 890 Mark anzukaufen und dazu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Die Gewerbegerichtswahlen, die in diesem Jahre in 16 Wahlbezirken (dem dritten Teile aller Bezirke) vorgenommen werden müssen sollen für die Arbeitgeber auf Freitag, 14. November, für die Arbeitnehmer auf Sonntag, 18. November anberaumt werden. Es ist das erste Mal, daß — abgesehen von den Kirchenwahlen — in Berlin die Wahlen am Sonntag stattfinden. Die Auslegung der Wählerlisten für die Arbeitgeber soll am 10. Oktober beginnen.

Vom Bibliothekswesen der Stadt Berlin.

Der jetzt vom Magistrat veröffentlichte neueste Bericht des städtischen Bibliotheks-Archivars darf wiederum mit Genugthuung feststellen, daß auch im Verwaltungsjahre 1901/02 die Benutzung der Volksbibliotheken und Leseschulen weiter zugenommen hat. Aus den 28 Volksbibliotheken wurden im letzten Jahre 978 384 Bände nach Hause verliehen, 178 022 Bände mehr als im vorletzten Jahre. „So lange die Volksbibliotheken bestehen“, sagt der Bericht, „ist solch eine Steigerung in der Benutzung, wie von 1900 zu 1901, nicht vorzuziehen.“ Wir verdanken diesen Erfolg den von Jahr zu Jahr steigenden Geldmitteln, die uns die Gemeindebehörden zur Verfügung stellen; sie setzen uns in Stand, allmählich jede einzelne Volksbibliothek bei jeder durchgeführten neuen Ausstattung mit Büchern auf ein etwas höheres Niveau zu heben, als sie es vorher hatte.“ Anerkennung verdient die Offenheit, mit der hier zugegeben wird, daß die Volksbibliotheken Berlins deshalb so viele Jahre hindurch keine große Beachtung bei der Bevölkerung gefunden haben, weil die Gemeindebehörden mit dem Gelde knauseren. Im „Vorwärts“ ist in den Zeiten des Niederganges unserer Volksbibliotheken Jahr für Jahr auf diese Ursache immer von neuem hingewiesen worden. Seit dem Jahre 1891, das mit nur 370 675 entliehenen Bänden ungefähr den Tiefstand bezeichneter, hat sich die Zahl der entliehenen Bände nun bald verdreifacht. Eine so bedeutende Steigerung wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zu der größeren Freigebigkeit, mit der jetzt die Mittel gewährt werden, auch ein besseres Verständnis für die Aufgaben der Volksbibliotheken und ein willigeres Eingehen auf die Wünsche des Lesepublikums gekommen wäre. Man hat sich dazu bequemt, bei der Zusammenstellung des Büchermaterials der Bibliotheken weniger engherzig als bisher zu verfahren und zugleich die Bibliotheken (oder wenigstens eine Anzahl derselben) täglich und in den Abendstunden offen zu halten. Durch

diese Reformaten ist erreicht worden, daß von 1891 bis 1901 die Zahl der entliehenen Bände z. B. in der 20. Bibliothek (Navené-Strasse, früher Wiesen-Strasse) von 17 104 Bänden auf 133 405, in der 1. Bibliothek (Mohren-Strasse) von 10 183 Bänden auf 113 393 angewachsen ist. Allerdings spricht hier noch der Umstand mit, daß diese Bibliotheken mit Leseschulen verbunden sind, wodurch das Interesse der Bevölkerung auch für die betreffenden Bibliotheken gesteigert wird. Thatsächlich waren im Jahre 1901/02 die sechs Bibliotheken, die mit Leseschulen verbunden waren, die meistbenutzten; außer der 20. und der 1. Bibliothek noch die 9., 21., 23., 24. (Wilms-, Dunder-, Kofner-, Olgauer-Strasse), aus denen 65 453, 55 569, 47 327, 43 150 Bände entliehen wurden. Die Benutzung der Leseschulen ist verhältnismäßig noch mehr gestiegen, als die der Bibliotheken. Die 6 Leseschulen wurden im Jahre 1901/02 von 78 160 Männern, 3 429 Frauen, zusammen 79 589 Personen, besucht, das sind 17 978 Männer, 918 Frauen, zusammen 18 899 Personen mehr als im vorhergehenden Jahre. An erster Stelle steht in Bezug auf die Frequenz schon seit einigen Jahren die 2. Leseshalle; im letzten Jahre hatte sie allein 23 968 Besucher. Die mit den Leseschulen gemachten Erfahrungen zeigen gleichfalls, daß die Verwaltung des städtischen Bibliothekswesens sich mit ihren Reformbestrebungen auf dem richtigen Wege befindet.

Arbeitskrise und Arbeiterelend. Der Markenerlös der Landes-Verkehrsamt Berlin betrug im Monat August 1902 nahezu 7 855 000 M. oder rund 1700 M. weniger als im August 1901. Auch im verflohenen Monat September d. J. war der Markenerlös unbedeutend. Die Ausgaben für Heilverfahren sind im August ganz erheblich gestiegen. Sie betragen 117 930 M. gegen 70 119 M. im August 1901. In Krankenfürsorge wurden im Jahre 1901 2237 Personen übernommen, darunter 1900 Lungenleidende, 2107 Heilverfahren-Entschieden, abgelehnt werden. Die vielen Ablehnungen sind zum Teil auf die zu weit vorgeschrittenen Stadien der Krankheitskrankheit, zum Teil auf Ueberfüllung in den zur Verfügung stehenden Heilstätten zurückzuführen. In den Sanatorien für männliche und weibliche Kranke sind noch Plätze frei, dagegen ist der Andrang von Tuberkulösen beiderlei Geschlechts noch immer so groß, daß trotz der Eröffnung der Lungenheilstätten in Veitzy eine große Zahl von Vornotierungen in weißen Kisten zu verzeichnen sind. Am 31. August befand sich außer den angegebenen Personen eine Zahl von Patienten auf Kosten der Anstalt in Krankenhäusern, sonstigen Heilstätten und in ambulanter Heilbehandlung.

Die Arbeiter-Samariterkassone hat, wie wir einem uns zugehenden Bericht entnehmen, auch im verflohenen Sommer mit anerkanntem Opfern ihres Amtes gewaltet. Sie ist bei Festlichkeiten u. dgl. 43 mal in Anspruch genommen worden; unter anderem trat sie in Tätigkeit bei den Veranstaltungen des sechsten Reichstags-Wahlkreises, der Kreise Niederbarnim und Zeltow-Charlottenburg, des Arbeiter-Sängerbundes, des Arbeiter-Rauherbundes sowie auf dem Arbeiter-Sportfest und dem Provinzial-Sängerfest in Oberswalde. Auf allen diesen Festlichkeiten war die Kassone mit ihren beiden transportablen Zelten und den dazu gehörigen Betten zur Stelle. Sie hat im Ganzen in 143 Fällen Hilfe gewährt. Am 6. Oktober beginnt ein neuer Kursus. Wer daran teilnehmen will, möge sich Montagabend 9 Uhr im Restaurant Dresdener Garten, Dresdenstr. 45, einfinden. Näheres bringt eine Anzeige in der Sonntagsummer.

Die Kälte. Bei 1 1/2 Grad Kälte, welche das Thermometer gestern morgen zeigte, wurde in der verflohenen Nacht die „Eisaison“ eröffnet. In der Umgebung Berlins hatten die Wasserpfützen den ersten Eisüberzug, der allerdings den Strahlen der steigenden Sonne gegenüber nicht standhalten vermochte. Auch innerhalb der Mauern Berlins, wolebist die Temperatur befänglich stets um einige Grad höher ist, stand das Thermometer auf dem Gefrierpunkt. In den Tagen vom 27. September bis zum 2. Oktober schwankte die Früh-Temperatur zwischen + 4 bis + 2 Grad Celsius, die niedrigste Temperatur, welche seit Jahrzehnten bei Beginn der Herbstkälte festgestellt ist. Für die Landwirtschaft hat sich der vorzeitige Winter ganz besonders dadurch schädigend erwiesen, daß die Spätfrüchte bisher noch nicht zur Reife gekommen sind und unrettbar eingetrocknet werden müssen.

Erkarrt aufgehoben wurde gestern morgen um 5 Uhr auf dem Flur des Hauses Spandauer Berg zu Charlottenburg der obdachlose 60 Jahre alte Arbeiter Jahpezd. Wieder im Leben zurückgerufen, wurde er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht wo er schwer darniederliegt.

Unre Hausbesitzer. Die auf den Höfen der Häuser der Reichshauptstadt befindlichen Müllkästen zeigen neuerdings folgende Inschrift: „Diebstahl ist die unbelegte Entnahme von Gegenständen aus diesen Behältern.“ Ob die Hausagrarier, die in dieser Weise verfahren, dem berufsmäßigen Naturforscher das Geldstück zu ersparen, selbst die Absicht haben, mit dem Sortieren des Inhalts der Müllkästen sich einen lohnenden Nebenerwerb zu schaffen, ist uns nicht bekannt.

Zum Witztrier. Die Meierei Volle hat sämtlichen Vereinen die bisher bei der Milklieferung an ihre erkrankten oder besserer Pflege bedürftigen Mitglieder gewährten Vergünstigungen vom 1. Oktober ab entzogen. Die betroffenen Vereine, darunter auch der über 12 000 Mitglieder zählende Hilfsverein für weibliche Angehörige geben deshalb bekannt, daß sie vorläufig die Ausgabe der sogenannten Milchmarken einstellen müssen.

Die Firma Siemens u. Halske schreibt uns: Durch Ihre Notiz über den tödlichen Unfall des Maschinenformers Mag. Neumann veranlaßt haben wir von dem Betriebsleiter der Eisen- u. Stahlwerke in Pantow einen Bericht eingeholt und stellen wir auf Grund desselben folgendes fest: Der „Vorwärts“ schreibt, erst vor einer Woche sei eine Abordnung des Metallarbeiter-Verbandes an die Geschäftsleitung mit der Aufforderung herangetraten, etwaige Unfallsfälle, die mit Gefahr für die Arbeiter verbunden seien, abzustellen. Der fragliche Vorgang liegt jedoch erstens weiter zurück, zweitens hat nicht eine Abordnung des Metallarbeiter-Verbandes mit der Geschäftsleitung verhandelt, sondern der ständige Arbeiterausschuß der Eisenwerke der von den Arbeitern selbst gewählt wird, um alle Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu führen, und drittens handelt es sich um eine völlig andere Angelegenheit, die ohne allen Zusammenhang mit dem erwähnten Unfallsfall steht. Was nun den Unfall selbst anlangt, so ist dieser nicht auf die Fähigkeit der Verunglückten sondern nach amtlicher Feststellung lediglich auf das Selbstvergehen des Verunglückten zurückzuführen. Er ist als er eine gefüllte Gießwanne vom Schmelzofen fortzuschaffen wollte an der Gabel einer anderen Wanne, die vor dem Ofen unter der Abflur, seine beiden Hände lag, hing, und fiel mit der Wanne zu Boden, wobei er mit den Händen und zum Teil mit dem Körper selbst in das auf dem Boden ausgefallene Eisen geriet. Der Unfall ist also nicht verurteilt worden durch die allgemeine Gefährlichkeit des Betriebes. Die Gänge, speziell der bei dem Unfall in Frage kommende, sind so breit, daß das Durchpassieren unbehindert ist.

Durch einen Kohlestoff schwer zu Schaden gekommen ist gestern nachmittag der Arbeiter Anton Wisalla aus der Sedanstraße 22 zu Neu-Weichen. Bisalla war auf einem Neubau bei der Anlage der Gasleitung beschäftigt und stieg mit einem Gasrohr einen der Gaslöcher, die zum Ausstoßen der Röhre aufgestellt sind, um Die glühenden Kohlen fielen ihm auf den Leib und verbrannten ihn am ganzen Körper. Der Verunglückte wurde von seinen Arbeitsgenossen in ein Krankenhaus gebracht.

Ein feltamer Selbstmordversuch wird aus Charlottenburg gemeldet. In dem Hause Friedrich-Karl-Platz 18 wurden um 4 Uhr gestern morgen die Bewohner des Seitenflügels durch zwei

Metallbeschüsse getroffen. Auf dem Flur fanden sie den 37 Jahre alten taubstummen Schuhmacher Michalowski bewußlos am Boden liegen. Neben ihm lag der Revolver, aus dem die beiden Schüsse abgefeuert waren und der noch drei scharfe Patronen enthielt. Man glaubte, daß Michalowski schwer verwundet sei und holte sogleich einen Arzt. Dieser aber stellte fest, daß die Kugeln ihn gar nicht getroffen hatten, sondern an ihm vorbei in die Wand gedrungen waren. Michalowski kam trotz der ärztlichen Wiederbelebungsversuche nicht wieder zum Bewußtsein und liegt noch ohne Bewußtsein im Krankenhaus. Wahrscheinlich hat ihn infolge der Aufregung ein Nervenzusammenbruch getroffen. Das ist um so merkwürdiger, als er als Taubstummer den Anlaß der Schüsse nicht hören konnte. Veranlaßt zu dem Selbstmordversuch gab ihm wohl die unliebsame Entdeckung, daß ihm während seiner kurzen Abwesenheit aus der Wohnung seine Frau mit der ganzen Einrichtung wegelaufen war.

Ein Unfall eigener Art ereignete sich gestern Abend gegen 1/8 Uhr in der Lothringers-Strasse. Zur genannten Zeit wollte das in der Putzstraße 10 wohnende 20jährige Fräulein Janisch in Begleitung eines bei ihren Eltern zu Besuch weilenden Kaufmanns Bau aus Münsterberg in Schleisen einen Ringbahnwagen benutzen. Der mit einem Anhänger verbundene Motorwagen 2907 hatte sogleich die Haltestelle am Rosenbaler Thor verlassen und befand sich in langamer Bewegung. Er sprang auf die Hinterplattform des Motorwagens, während Fräulein J. die Vorderplattform des Anhängerwagens zu besteigen versuchte. Sie versetzte jedoch das Treibrad, glitt ab und wurde, da sie sich am Handgriff festhielt, eine Strecke mitgeschleift. Herr B. wollte der Dame zu Hilfe eilen, irrtümlich verfuhr er jedoch wieder angebremst den Wagen herab und stürzte so unglücklich, daß er mit dem Kopf auf das Straßenpflaster aufschlug. Der Kaufmann erlitt eine nicht unerhebliche Kopfverletzung und wurde nach der Rettungswache in der Raststätten-Kaserne gebracht, wolebist er einen Notverband erhielt. Fräulein J. kam jedoch ohne jegliche Verletzungen davon.

Im Karpenteisch verlor sich Sonntagvormittag um 9 Uhr ein junges Mädchen, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, zu erkranken. Die Lebensmilde wurde gerettet und in das Dräger Krankenhaus gebracht. Hier liegt sie noch schwer danteber. Soweit sie zu verstehen ist, muß sie in Berlin bei einer jüdischen Herkunft gebürtig haben und wollte nach Delitzsch, wahrscheinlich ihre Heimat, zurück. Die Unbekannte ist etwa 20 bis 25 Jahre alt und 1,55 Meter groß, kräftig gebaut, hat blondes Haar, spricht eine jüdische Mundart und trägt einen blau-schwarz durchwebten Rock, einen wollenen Unterrock, ein weißes Hemd, eine weiße Schürze, schwarze Strümpfe und gelbe Hausschuhe.

Geschossen aufgefunden wurde in den Anlagen des Friedrich-Karlsplatzes zu Charlottenburg ein unbekannter Mann von etwa 30 Jahren. Die Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schauhause gebracht. Der Unbekannte, der einen dunklen Zigarettenanzug, eine graue Leinwandhose und Mütze trug, hat blondes Haar und einen kleinen blonden Schnurrbart und Tätowierungen auf beiden Händen.

Der „Herr Lieutenant aus Kassel“. Ein gewisser Fritz Caspert, der wegen Diebstahls und Hochverrats schon bestraft ist, diente bei einem Kasseler Regiment und hatte so Gelegenheit, die Verhältnisse eines dortigen Offiziers näher kennen zu lernen. Nach seiner Entlassung nutzte er seine Wissenschaft in Berlin zu umfangreichen Schwindeleien aus. Hier trat er als der Herr Lieutenant aus Kassel auf und kaufte auf den Namen des Offiziers auf Kredit die verschiedensten Wertachen, um sie sobald als möglich zu Geld zu machen. Den Erlös verjubelte er stets in der kürzesten Zeit. Soweit bis jetzt ermittelt ist, hatte er auf diese Weise schon 1000 M. ergaunert, als er vorgestern erkrankt wurde. Der junge Mann konnte nämlich in einem Pensionat, in dem er unter einem falschen Namen wohnte, viele und kostspielige Bekanntschaften anknüpfen und wurde daher wegen Preiserei der Polizei übergeben. Der Kriminalpolizei fiel nun seine Schnelligkeit mit dem Herrn Lieutenant aus Kassel auf, über den ihr schon mehrere Geschäftsleute geklagt hatten. Der Erkennungsdienst hat das Lebrige, indem er den Preiler als Caspert feststellte und so mußte denn der junge Mann nach Aufdeckung seiner Schwindeleien gestern nach Raabitz in das Untersuchungsgefängnis wandern.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach der Waistr. 1 gerufen. Hier war kurz nach Mitternacht auf noch nicht ermittelte Weise in einer Vöttcher-Werkstatt ein Feuer ausgebrochen, das einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Glücklicherweise gelang es indes der Wehr, die Flammen mit einer Schlauchleitung in kurzer Zeit zu erlöschen, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Viel Arbeit verurteilte der Wehr ein Brand, der zur selben Zeit in einem Keller unter den Linden 8 entstanden war. Es brannte allerlei Gerümpel, auch wurde die Balkenlage stark beschädigt. Gärtnern und Kleidungsstücke gingen Sonntagabend 10 Uhr in der Falkensteinstr. 21 in einer Wohnung in Flammen auf. Nach der Grenadierstr. 40 wurde die Wehr gerufen, weil hier in einem Keller Verpackungsmaterial, Segras u. in Brand geraten waren, dessen Abloschung jedoch bald erfolgen konnte. In der Köpnickstr. 76 hatte die zweite Compagnie in einer Küche ein Feuer zu beseitigen, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischengasse noch Mantierungen von der Feuertochter 81 und von der Wächnergasse 28, die indes nur auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Der Wintergarten hat gestern seinem Publikum ein neues, vielseitiges Programm dargeboten. Im bunten Durcheinander treten Spezialitäten aller erdenklichen Gattungen auf und führen ihre selbstverständlich „erklaarten“ Leistungen vor. Neben den Kerntruppen des Vereins behauptet aber auch der Gesang sein Recht. Der Kunstgesang, nicht die zuweilen aus Verbrechen freibeienden Stummredner gewisser Soubretten dritter Ranges. Ein Mitglied des Inonischen Theaters in Brüssel, Angèle van Loos trat vor die Rampe und brachte mit tadelloser koloratur die gewagtesten Paßagen so sicher heraus, daß selbst ein griechischer Rührerkritiker nicht zum Schütteln des Kopfes gekommen wäre. Auch Diane de Vries zeigte sich wieder ihrem Publikum desgleichen in der Leo de Wörde dem Wintergarten auch für diesen Monat erhalten geblieben. Außer dieser Dame verdienen die Spannerinnen Floridos als Repräsentanten der Tanzkunst genannt zu werden. In der Reihe der Akrobaten zeichneten sich die Springkünstler Robinson-Polo aus, ebenso die auf dem Fahrrad arbeitende Tourbillon-Gruppe und die Excellent-Griffin und Dabois. Ein Jongleur vorzüglichster Art ist Herr Kara, unterwirft er in der Dressur lebten ober die Turms mit ihren schottischen Schäferhunden. Eine Vorführung, wie die der Biertrinker als Feuerwehrlente, dürfte noch nicht dageweien sein.

Die 7 städtische Fortbildungsschule, lautmännliche und gewerbliche Bildungsanstalt für Mädchen Kaunzigstr. 63 beginnt ihre Unterrichtsarbeiten für das Wintersemester am Mittwoch den 8. Oktober. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch, Rechtschreibung, Briefk., Aufsatz, Rechen, lautmännliche Korrespondenz, Schönschreiben, mathematisches Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, gewerbliche Zeichen, Gesang, Turnen, Maschinenzeichnen, Wäsche-utensilien, Schneidern, Plätten, Zugmaschinen sowie alle weiblichen Handarbeiten inklusive Knäuelarbeiten und Maschinennäherei. Außerdem wird Französisch und Englisch für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch gelehrt, sowie auch die Stenographie nach Stolze-Schrey und Leubing im Gebrauch bewährter Schreibmaschinen erwarben. Das Schulgeld beträgt monatlich 50 Pf., für Schneidern und Plätten 1 M., Stenographie und Maschinennäherei 1 M., für fremde Sprachen halbjährlich 3 M. Anmeldungen des Nachmittags von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 12. Gemeindegasse, Kaunzigstr. 63, beim Rektor Jander.

Die erste städtische Fortbildungsschule im Friedrichshagen, Friedrichstr. 129 eröffnet die Unterrichtsarbeiten des Winterhalbjahrs am Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Unterricht wird in Französisch und Maschinenzeichnen, sowie in Aquad-

refleren, in der Mathematik, der französischen und englischen Sprache (in je drei aufsteigenden Stufen), im kaufmännischen Rechnen, sowie in der einfachen und doppelten Buchführung, im deutschen Stil, in der Stenographie (für Anfänger und Fortgeschrittene) und in Maschinenschreiben. Hervorragende Lehrkräfte und ausgezeichnete Unterrichtsmittel, darunter eine große Zahl von Schreibmaschinen aller ersten Systeme, wirkten zur Erreichung günstiger Erfolge zusammen. Gleichermaßen werden jederzeit im Gymnasialgebäude (gleich am Eingange parterre rechts) entgegengenommen, und es empfiehlt sich, den Meldungen nicht bis unmittelbar vor Beginn der Kurse zu warten, sondern sie schon früher anzubringen, da bei dem großen Andrang des Abends nicht alle erledigt werden können. Der Kursus von zwei Stunden wöchentlich kostet für das ganze Semester zwei Mark, der von vier Stunden vier Mark.

Trepow-Sternwarte. Der neue Komet ist jetzt schon eine prächtige Erscheinung geworden und wird den Besuchern täglich gezeigt. Sonntagmorgen um 5 und 7 Uhr spricht Direktor Trepow in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag: „Neber das Aussehen und die Bahn des neuen Kometen“.

Aus den Nachbarorten.

Wahlverein Oberschönebeck. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag früh 8 Uhr bei Kaufhold zur Flugblätterverteilung recht zahlreich einzufinden.

Schöneberg. Eine Petition wegen Ausscheidens der Stadt Schöneberg aus dem Landtagswahlbezirk Potsdam 9 hat der Schöneberger Magistrat an das Staatsministerium gerichtet. Es wird in dieser Petition Bezug genommen auf die in dieser Angelegenheit von der Stadt Charlottenburg am 7. Juni d. J. eingereichte Petition, da die darin enthaltenen Ausführungen auch für Schöneberg zutreffen. Beide Städte bilden einen Teil des Wahlbezirks Potsdam 9, der nach dem Verzeichnis des noch maßgeblichen Gesetzes vom 27. Juni 1890 sich aus den Kreisen Teltow und Beestow-Storkow zusammensetzt und Köpenick zum Wahlort hat. Gegenwärtig setzt sich dieser Wahlbezirk, der ursprünglich nur aus den beiden Landstrichen Teltow und Beestow-Storkow und auf eine Gesamtbevölkerung von 117 806 zusammensetzt war, aus den beiden Landkreisen und den drei größeren Städten und Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf zusammen und ist nach der Volkszählung von 1900 auf eine Gesamtbevölkerung von 688 521 angewachsen. Es würde daher nur der Abschluß des Gesetzgebungsorgans, wenn die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf aus dem Wahlbezirk Potsdam 9 ausgeschieden, je einen Wahlbezirk bildeten und je einen Abgeordneten wählten.

Charlottenburg. Der Kornzinsverein hat sich im September, wenn auch nur langsam, vorwärts entwickelt. Der durchschnittliche Wagemarktsfuß betrug in den drei Lagern 1250, 647,50, 702,50 M. betrug er in dem damals allein vorhandenen Lager 1320 M.

Die Mitgliedzahl ist im September um 30 gestiegen gegenüber 28 im August und 16 im Juli.

Charlottenburg. Die armenärztliche Hilfe ist im abgelaufenen Rechnungsjahre wiederum erheblich mehr in Anspruch genommen worden, als im Jahre vorher. Die Ursachen liegen zu einem Teile darin, daß auch die Armenbevölkerung sich mehr und mehr daran gewöhnt hat, die Hilfe des Arztes möglichst frühzeitig nachzusuchen; die Hauptursache dürfte jedoch, wie in einer Reihe von Berichten der Armenärzte übereinstimmend betont wird, in dem wirtschaftlichen Niedergange zu suchen sein, der zahlreiche Familien, die sonst nie an Armenunterstützung gedacht haben, gezwungen hat, die Hilfe des Armenarztes in Anspruch zu nehmen. Ein Bericht führt auch die ziemlich häufigen Erkrankungen der städtischen Pflegekinder auf die früheren häuslichen Verhältnisse zurück. Daneben wird in mehreren Berichten auf die herrschende Wohnungsnot hingewiesen, die sich in der Armenproleten ganz besonders fühlbar gemacht hat. Während in einzelnen Bezirken die Wohnungsverhältnisse als im allgemeinen leidlich und gegen das vorige Jahr etwas günstiger geworden bezeichnet werden, führen mehrere andere Berichte die Steigerung der Erkrankungen, in einem Bezirk insbesondere das häufige Auftreten von Masern, Scharlach und Keuchhusten, auf das Zusammenwachsen kinderreicher Familien in unzulänglichen Wohnräumen und den in Verbindung damit stehenden häufigen Wohnungswechsel zurück. Fast unglaublich klingt die Beschreibung einer Armenwohnung von Stube und Küche: Die Stube niedrig und wenig hell, die Wände feucht, die Tapeien zum Teil in Fetzen herunterhängend, der Raum bewohnt von acht Personen; die Küche bis zum Tage des Einzugs der Familie ein unverändert geliebter Pferdestall, dessen Abflüsse dem Katten als Eingangspforte dient; und dabei ein Mietpreis von 25 Mark monatlich. Der berichtende Arzt, der erwähnt, daß in dieser Wohnung einmal mit Ausnahme des Vaters sämtliche Familienmitglieder befallig erkrankt waren, weist darauf hin, daß in solchen Wohnungen besonders die Lungentuberkulose eine ausgiebige Brutstätte findet. Die häufige Unzulänglichkeit der Wohnungen wurde in der ärztlichen Praxis um so schärfer empfunden, als infolge der Ueberfüllung nicht nur des Charlottenburger Krankenhauses, sondern der Krankenhäuser in Groß-Berlin überhaupt wiederholt Schwerkranke, deren Aufnahme dringend nötig war, wegen Platzmangel abgewiesen wurden.

Wenn solche Zustände in der zweitreichsten Stadt Preussens herrschen, wie wird es da erst in armen Gemeinden aussehn?

Die Gemeindevertretung von Wilmersdorf hatte sich gestern mit der Fleischnot zu befassen. Ein Antrag der socialdemokratischen Gemeindeverwaltung, der dahin ging, daß die Vertretung den Gemeindevorstand ersuchen solle, bei der Regierung wegen Maßnahmen zur Erleichterung der Fleischnot vorstellig zu werden, gab den Anlaß zur Behandlung der Angelegenheit. Von unsrer Seite wurde der Antrag u. a. mit einem Hinweis darauf begründet, daß die zum wesentlichen durch die Einfuhrbeschränkungen herbeigeführte Teuerung auch auf den Vorort Wilmersdorf von einschneidender Wirkung sei, indem die Ernährung der Bevölkerung leide und zu befürchten sei, daß das Armeubudget der Gemeinde über die Kräfte belastet werde. Von bürgerlicher Seite traten nur Redner gegen den Antrag auf. Man gab den Antragstellern darin Recht, daß eine übermäßige Fleischsteuer allerdings besteuere, wollte aber alle möglichen Ursachen dafür gelten lassen, nur nicht die nächstliegende, die Grenzsperrerei. Die Schweinekaufliste in Amerika, die Wachsenschnitten der Großhändler, ja selbst die Zeitungsartikel der Presse zog man hervor; nur die Grenzsperrerei sei schuldlos an dem Missethan. Auch die üblichen Bedenken wegen der Kompetenz der Gemeindevertretung wurden ins Feld geführt. Bei dieser Stimmung war das Schicksal des Antrages voraussehbar. Nachdem von uns noch darauf hingewiesen worden war, daß die von gegnerischer Seite angeführten Ursachen erst recht dafür die Regierung maßgebend sein müßten, die anerkannte Teuerung durch Aufhebung der Sperre zu lindern, wurde der socialdemokratische Antrag gegen sieben Stimmen abgelehnt. Daß die in solchem Sinne haatsverwaltende Mehrheit der Gemeindevertretung durch ihr Votum bei der Bevölkerung an Vertrauen gewonnen hat, ist wohl kaum anzunehmen. Hat doch selbst eine bürgerliche Organisation, der Liberale Verein am Orte, das Dorparlament zur Annahme einer Fleischnot-Petition aufgefordert.

Steglin. Die letzte Verammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins hatte den Vorstand beauftragt, sich nach einem geeigneten Hausbesitzer-Kandidaten für die Erbhofwahl in diesem Bezirk umzuwenden. Der Vorsitzende in einer am Mittwochabend abgehaltenen erweiterten Vorstandssitzung berichtete, daß seine Bemühungen leider ohne Erfolg geblieben, so daß die Stegliner Arbeiterchaft von einer Wahlbeteiligung absahen muß. Dies ist um so bedauerlicher, als die Aussichten in diesem Bezirk

für und durchaus gute sind, wie der bedeutende Stimmzuwachs bei der letzten Hauptwahl gezeigt hat. Der Vorschlag des Vorsitzenden, in Anbetracht der Sachlage von einer Verammlung, die ja doch nichts an dem Resultat ändern könnte, abzusehen, fand allseitige Zustimmung.

Niddorf. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der durch den Gemeindevorstand vorgeschlagenen Veranschaulichung der am 18. September beschlossenen Positionen in Sachen der Fleischsteuer. Gemeindevorsteher Hestler bestritt der Gemeindevertretung auf Grund des § 110 der Landgemeindeordnung und auf Grund einer Ausweisung des Landrates, sich in Maßnahmen der Staats- und Landesbehörden einzumischen, schloß aber vor, da eine andere Ausweisung in der Gemeindevertretung vorhanden zu sein scheint, die ein Mitglied der Gemeindevertretung zu bestimmen, in dem Gegenstand die Veranschaulichung des Verwaltungsverfahrens der Interessenten der Gemeindevertretung wahrzunehmen. Gemeindevorsteher Grauer tritt zwar ein für das Petitionsrecht der Gemeinde und für das im vorliegenden Falle im besonderen, weist darauf hin, daß erst kürzlich derselbe Gemeindevorsteher es als Pflicht der politischen Gemeinde erklärt habe, für das geistige Wohlergehen der Gemeindeglieder Sorge zu tragen (80 000 M. zum Kirchenbau), während hier das leibliche Wohl ein Wägen Niddorf nicht sein soll. Gemeindevorsteher Pionz (frei.) weist auf die ungleiche Handhabung des Einpruchsrechts hin, und schlägt vor, die Arbeiterpartei als die Eingekerkerten des Petitionsantrages, zur Vertretung im Verwaltungsverfahren zu bestimmen. Die Rechte der Vertretungsmoge man durch den Gemeindevorsteher Grauer wahrnehmen lassen. Mit 13 gegen 10 Stimmen wird die Gemeindevertretung mutig zurück, der Antrag wurde abgelehnt. Die Verteuerung des Fleisches geht die Gemeindevertretung nichts an.

Aus Niddorf. Die vorgestern aufgefundenen Kindesleiche ist als eine Frühgeburt festgestellt worden. Nach der Mutter wird recherchiert.

Ein gemeingefährlicher Einbrecher ist kürzlich in der Person des bisher unbestraften Schlossers Julius Vollmann hieselbst festgestellt worden. Eine am Kottbusser Damm wohnhafte Frau übernahm nachmittags den Einbrecher in ihrer kurzen Zeit ohne Aufsicht gebliebenen Wohnung. Er stieg zwar, wurde aber auf der Straße angehalten und von einem Schuhmann festgenommen. In seiner Wohnung fand man ein ganzes Lager gestohlener Sachen, sämtlich aus Umbräuen in Niddorf und Berlin herrührend. — Ein Schwindler, der sich Niddorf nennt und mit großer Sicherheit auftritt, prellt seit einigen Wochen fortgesetzt kleine Kohlenhändler. Er bestellt bei denselben Kohlen, und wenn er bezahlen will, merkt er unter allerlei fälschlichen Vorbelegungen, daß er nun, von dem Kohlenhändler ein Darlehen zu erwandeln, das demselben beim Bringen der Kohlen zurückzuerstatten werden soll. Kautäulich erfährt der Kohlenhändler zu spät, daß in dem angegebenen Hause eine Familie Niddorf gar nicht wohnt. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, des Schwindlers habhaft zu werden.

Aus ländlichen Gärten. Unter dem Verdacht, daß er seine alte Mutter gefesselt hat, verhört werden lassen, war vor einigen Wochen in Treotitz bei Potsdam der Widner Kehrner verhaftet worden, nachdem die alte Frau in seiner Wohnung als schon stark in Verwesung übergegangen Leiche aufgefunden war. Der Verdacht, daß Kehrner ein Verbrechen an seiner Mutter, die bei ihm im Altenteil lebte und zuletzt an der Wassersucht schwer erkrankt war, begangen habe, hat sich aber nicht aufrecht erhalten lassen, so daß Kehrner kürzlich aus der Haft entlassen und das gegen ihn schwebende Verfahren eingestellt wurde.

Gerichts-Zeitung.

Nachwehen zum Prozeß Haase. In dem Prozeß gegen den Redacteur der „Gazeta Robotniczka“, Genossen Haase, wegen Verleumdung des Pfarrers Schmidt, war der als Entlastungszeuge aufgetretene Arbeiter Peter Schulz aus Kottowitz wegen Verdacht des Meineides verhaftet worden. Am Dienstag wurde er von den Geschworenen in Vertau zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Haase hatte damals 6 Monate Gefängnis erhalten.

Das ein Schuldirektor in Ausübung seiner Autobefugnisse eine Lehrerin „fress“ nennen? Der Direktor Wächler von der höheren Mädchenschule in Niederlehren suchte eines Tages während der Unterrichtspause die Lehrerin Frau Fehold im Lehrerzimmer auf und machte ihr Vorhaltungen darüber, daß die Fenster und die Thür ihres Klassenzimmers während der Pause geschlossen seien. Frau F. erwiderte, die Thür sei offen. Wächler wollte nun mit ihr hinautergehen und sie davon überzeugen, daß er recht habe. Frau F. meinte jetzt, sie habe die Thür aufgemacht, es müsse sie ein anderer zugemacht haben, sie konnte sich doch nicht während der ganzen Pause daneben stellen. Der Direktor logte darauf in scharfem Ton: „Müssen Sie jetzt, antworten Sie nicht so frech!“ Hierdurch fühlte sich Frau F. beleidigt und verklagte deshalb Direktor Wächler. Die Regierung erhob aber zu Gunsten Wächlers den Vorstoß, indem sie unter Bezugnahme auf eine Ordnungsstrafe der Privatklägerin aussetzte, sie habe die Jurisdiktion verdient. Der Direktor habe sich im Rahmen seiner Autobefugnisse gehalten und könne nicht wegen Verleumdung verklagt werden. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte indes den Vorstoß der Regierung für unbegründet, so daß dem Privatkläger gegen den Direktor Fortgang zu geben ist. Der Präsident Dr. Peters führte aus, der Senat habe sich nicht davon überzeugen können, daß der Beklagte, Direktor Wächler, seine Autobefugnisse nicht überschritten habe.

Unzulässige Polizeiverordnungen. Eine Polizeiverordnung, die das „Mitführen von Waffen“ von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig macht, erklärte das Kammergericht für rechtlich unzulässig. Begründung wurde ausgeführt, eine solche Beschränkung sei gesetzlich unzulässig. Es bestrebe noch zu Recht und komme in Betracht der § 345 Nummer 7 des preussischen Strafgesetzbuchs, wonach bestraft werde, wer Schuß-, Stich- oder Stoßwaffen mit sich führe, welche in Städten, Märkten oder auf eine ähnliche Weise verborgen seien. Danach soll nur strafbar sein das Tragen verborgener Waffen, und zwar nur dann, wenn sie in Städten, Märkten oder auf ähnliche Weise verborgen seien. Die Materie sei für Preußen in dieser Bestimmung erschöpfend geregelt, ein allgemeines Verbot des Waffenhaltens sei darum gesetzlich. Der Angeklagte, der einen Revolver bei sich führte, müsse somit freigesprochen werden.

Ein Kriegerverein-Vorsteher, der fortgesetzt die Kasse seines Vereins bestahl, hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer in der Person des Rittersgefreuten Gustav Hagemann aus Ludenwalde zu verantworten. Als Vorsteher des dortigen Reserve- und Landwehrvereins hatte er auch einen Schlüssel zu der im Reichlichen Lokal aufbewahrten Kasse, konnte diese aber nur gemeinsam mit dem Kassierer Strauß, der einen zweiten Schlüssel besaß, öffnen. Hagemann baldowerte nun aus, daß ein Schlüssel des Kassierers Hagemann genau so wie der Straußsche Schlüssel zur Kasse paßte und plündernde umherherum nach und nach die Vereinskasse um 280 Mark, sowie um ein Sparkastenbuch über 150 Mark. Er bestand es, längere Zeit die Diebstähle zu verbergen, da er sich bei Revisionen schnell Geld leih und dies vorübergehend in die Kasse legte, um es nach beendigter Revision wieder heranzunehmen. Hagemann wurde zu vier Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

Der Roman eines jugendlichen Liebespaars beschäftigte gestern die zweite Sitzungsperiode des Landgerichts I. Der 17jährige Seldwanger Adolf B. befand sich während der diesjährigen Sommerferien um Besuche bei dem Prediger eines kleinen Badeortes an der Ostsee. Hier lernte er das um einige Jahre Ältere Fräulein P. kennen, welche sich mit ihrer Mutter dort aufhielt. Die jungen

Leute verliebten sich in einander und schworen sich ewige Treue. In der verlassenen Laube des Predigergartens bauten sie Luftschlösser und schmebten Pläne für die Zukunft. Darüber waren sie beide einig, solange, bis Adolf B. das Gymnasium hinter sich eine Stellung erworben hatte, konnten sie nicht warten. Schließlich fahnen beide einen abenteuerlichen Plan. Sie wollten zusammen nach Amerika durchbrechen. Hier sollte Adolf B. im wilden Westen Farmer werden, er könne dort leicht zu Vermögen kommen und wenn dies geschehen sei, würde sie ihre Stellung, die sie inzwißchen in New York annahmen wollte, aufgeben, um mit ihm den Gehend zu schließen. Soweit war das Liebespaar einig, es handelte sich in erster Linie aber darum, das Geld für die Ueberfahrt zu beschaffen. Adolf B. verfügte nur über einige Mark Taschengeld und dem Fräulein P. erging es ebenso. Die Letztere wußte aber Rat. Sie war im Besitze eines Brillantinges. Ihre Mutter war auf einige Tage noch einem andern Ofsiebade gereist und diese Zeit sollte benützt werden, um die Kasse auszuführen. Zunächst reiste das Liebespaar nach dem benachbarten Zimmertein, wo Fräulein P. ihren Brillanting für 54 M. verkaufte. Dann ging die gemeinsame Reise nach Berlin. Fräulein P. stellte dem Hausverwalter ihren Begleiter als ihren Vetter vor und ansichtslos erhielt sie als Tochter der langjährigen Mieterin die Wohnungsschlüssel ausgehändigt. Am folgenden Tage übergab das verblendete Mädchen ihrem Liebhaber mehrere Ringe aus dem Nachlasse ihres Vaters mit dem Auftrage, sie zu verkaufen. Er kam zurück mit dem Bescheide, daß niemand die Ringe kaufen wolle, wenn er nicht eine Legitimation vorlegen könne. — Wieder wußte Fräulein P. Rat. Sie holte ein Stämmchen und ertrug damit mehrere Behälter, bis sie in einem derselben den Brillanting fand. Sie eignete sich gleichseitig einige Schmuckstücke an, die ihrer Mutter gehörten. Nun sand sie auf Grund des vorgelegten Mietsvertrages ein Juwelier bereit, alle Schmuckgegenstände anzufaufen. Noch an demselben Tage begab sich das Liebespaar zu einem Trödler, dem sie mehrere Goldstücke und einige Kunstgegenstände zum Kauf anboten. Der Trödler erwiderte in der Rücken Wohnung und kaufte dort eine ganze Anzahl Möbelstücke für 70 M. Am folgenden Tage sollten noch weitere Verkäufe stattfinden und dann glaubte das Liebespaar hinreichende Mittel zu haben, um die Reise nach Amerika antreten zu können. Da er schien die Mutter und der Roman war zu Ende. Die Geschichte erfuhr aber noch ein trauriges Nachspiel. Fräulein P. hat vor kurzer Zeit einen Irenenraubt übertrieben werden müssen. Adolf B. wußte das Gymnasium verlassen, er will jetzt Landwirt werden. Gestern stand er vor Gericht und legte ein offenes Geständnis ab. Danach war Fräulein P. die am meisten Schuldige. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, während die Verteidiger, Rechtsanwalt Fern und Neumann, alle Punkte anführten, welche eine geringe Strafe angemessen finden ließen.

Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis.

Ein Sittenbild. Ströme von Thränen wurden in einer Verhandlung vergossen, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich vier Kinder, welche kaum das strafmündige Alter erreicht hatten, der 12jährige Schüler Max Raab, dessen Schwester, die 14jährige Schülerin Amanda Raab, der 12jährige Schüler Franz Kossow und der 13jährige Schüler Anton Pawlik. Sämtliche Angeklagte waren des wiederholten Sittlichkeitsverbrechens, Max Raab und Karl Kossow zugleich der Unterschleife beschuldigt. Als Zeugen war eine Anzahl Kinder beiderlei Geschlechts geladen, welche sich an den Straftathen beteiligt hatten, aber nicht zur Verantwortung hatten gezogen werden können, weil sie zur Zeit der Begehung der That das strafmündige Alter noch nicht erreicht hatten. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wich, aus der Urteilsverkündung zu schließen, ein trauriges Bild sittlicher Verwahrlosung geboten haben. Nach der polizeilichen Anklage leben die Eltern der Angeklagten in den ärmlichsten Verhältnissen und sind auf Wohnungen angewiesen, welche nur aus einer Stube, oder höchstens aus Stube und Küche bestanden. Max Raab wurde zu neun Monaten, Amanda Raab zu einem Jahre, Karl Kossow und Anton Pawlik zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Geschworenengericht wurde sofort in Haft genommen.

Zu der Humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrichswerderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vormittags 10^{1/2} Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Freie Jugend.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. Oktober, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Aula der H. Gemeindefirche, Kleine Frankfurterstr. 6: Verammlung. Freireligiöse Verlesung. — Um 10^{1/2} Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Sehele: „Religiösiät.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Socialdemokratischer Agitations-Verein Strausand-Franzburgrügen. Generalsammlung am Sonntag, den 5. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei J. Runkow, Schönhauser Allee 135.

Vermischtes.

Erdbeben und Unwetter.

Ein in San Francisco eingetroffener Dampfer brachte die Meldung, daß in Tokalula (Perico) ein Erdbeben stattgefunden habe, welches großen Schaden anrichtete. Der Bevölkerung bedrohete sich eine große Panik; viele Einwohner flüchteten ins Gebirge.

Die durch den Orkan in Neapel und Umgegend angerichteten Verwüstungen sind unbeschreiblich. Viele Dörfer sind teilweise zerstört und zahlreiche Menschenverluste zu beklagen. Im Hafen ist eine größere Anzahl von Booten untergegangen.

Heber ein Großfeuer wird aus Schmalkalden gemeldet: Im benachbarten Dorfe Hoch entzündete gestern nachmittags ein Feuer, welches dem Ortswind entfacht, mit großer Schnelligkeit sich griff. Abends lagen bereits 85 Wohnhäuser und 15 Scheunen in Asche.

Fröhschaden. Wie die Königsberger Allgemeine Zeitung berichtet, sank dort in der letzten Nacht die Temperatur auf $-5,7$ Grad Celsius. Das Obst und Gemüse hat durch den Frost sehr gelitten, ebenso ist der angerichtete Schaden an den in der Umgegend liegenden Tiegelsteinen ein bedeutender, da nach ungefähre Schätzung ca. 8 Millionen Tiegel erfroren sind.

Eingelaufene Druckschriften.

Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München. J. Schneider Verlag (Arthur Sellen). Die sechsten erschienenen Nr. 9 des 33. Jahrganges enthält: Sanierung notleidender Aktiengesellschaften. Von J. Kohler, Berlin. — Die wissenschaftliche Bedeutung der allgemeinen Staatslehre und Zellinels Recht des modernen Staates. Von Dr. Friedrich Tegner, Wien. — Die Gleichheit der Kontrahenten und die Gerechtigkeit im Versicherungsvertrage. Von J. August, Wilmersdorf. — Hamburgs Handelsloge nach dem ersten Kaiserlichen. Von Dr. Geert Seelig, Hamburg. — Aus den Gelehrten, Prellanschriften. Kassel.

Witterungsübersicht vom 3. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter
Zinnende	769 D	3	Wolken	8	Haparanda	750 D	2	Regen	1
Hamburg	770 RD	2	Wolken	9	Petersburg	763 D	3	bedeckt	3
Berlin	768 RD	1	Wolken	1	Cost	767 D	3	Wolken	9
Frankf./M.	765 RD	4	bedeckt	4	Aberdeen	—	—	—	—
München	762 RD	2	Regen	4	Paris	763 DND	3	bedeckt	7
Wien	762 RD	3	bedeckt	3					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 4. October 1902.

Ein wenig wärmer, zunächst vielfach heiter bei gleichmäßig frischen nördwestlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.
Berlin: Wetterbureau.

